

2. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. Juni 2011

Inhalt

Wahl des Senats

a) Wahl des Präsidenten des Senats

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats

Abg. Tschöpe (SPD)	17
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	19
Abg. Röwekamp (CDU)	22
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	25
Abg. Timke (BIW)	28
Abg. Tschöpe (SPD)	29
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	30
Abg. Rupp (DIE LINKE)	31
Abg. Röwekamp (CDU)	32
Abg. Tschöpe (SPD)	34
Wahl	35

Vereidigung des Senats	36
-------------------------------------	----

Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Deputationen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Juni 2011
(Drucksache 18/2)
1. Lesung

Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 29. Juni 2011
(Drucksache 18/5)

1. Lesung
2. Lesung

Abg. Rupp (DIE LINKE)	38
Abg. Tschöpe (SPD)	38
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	38
Abg. Röwekamp (CDU)	40
Abg. Tschöpe (SPD)	42
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	43
Abg. Rupp (DIE LINKE)	44
Abg. Röwekamp (CDU)	44
Abstimmung	45

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Hiller****Vizepräsidentin Schön****Schriftführerin Mahnke****Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 2. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Schüler und Schülerinnen der Berufsbildenden Schule I aus Delmenhorst, zahnmedizinische Fachangestellte der Berufsschule für Gesundheit, vom Gymnasium Vegesack den Politik-Kurs der Jahrgangsstufe 10, einen Leistungskurs Geschichte des Schulzentrums Findorff und last, but not least unsere ehemalige Vizepräsidentin Frau Bernbacher. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Deputationen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juni 2011, Drucksache 18/5.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

(B) Wer einer dringlichen Behandlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 28, Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Deputationen, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Bericht zur Höhe der Fraktionszuschüsse, Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 29. Juni 2011, Drucksache 18/6.

3. Arbeitsweise der Bürgerschaft, Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 29. Juni 2011, Drucksache 18/7.

Ich schlage Ihnen vor, diese beiden Mitteilungen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft am Mittwoch, dem 6. Juli 2011, aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich etwas sehr Schönes tun, nämlich der Abgeordneten Frau Anja Stahmann ganz herzlich zu ihrem Geburtstag zu gratulieren!

(C)

(Beifall)

Ich freue mich besonders, dass ich das noch tun kann, solange Sie Abgeordnete sind, Frau Stahmann!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin gerührt!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl des Senats

a) Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Senats

Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 2 unserer Landesverfassung wird zunächst der Präsident des Senats in einem gesonderten Wahlgang gewählt.

Für die Wahl des Präsidenten des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen zur Wahl vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

(D)

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Rekordzeit haben SPD und Grüne ihren Koalitionsvertrag verabschiedet, geschlossen, ausgehandelt, er ist vor zwei Tagen hier in diesem Haus unterzeichnet worden. Er wird die Grundlage für die Arbeit bilden, die wir uns in den nächsten vier Jahren vorgenommen haben. Dieser Vertrag bildet präzise das magische Viereck rot-grüner Politik in Bremen ab. Die vier Punkte in diesem Viereck sind: Wirtschaftskraft stärken, sozialen Zusammenhalt sichern, finanzielle Konsolidierung durchführen und den notwendigen ökologischen Umbau gestalten. Jede dieser politischen Herausforderungen erzeugt Wechselwirkungen mit den jeweils anderen.

Dagegen sind mir im Wahlkampf zuhauf intellektuelle Monokulturen begegnet: tabuloses Sparen, nein, Sparen sei überhaupt nicht möglich, es müssten Millionen für Wirtschaftsförderung ausgegeben werden, nein, auf keinen Fall, es müssten Millionen in die Ausweitung staatlicher Sozialprogramme investiert werden, ohne freie Fahrt für freie Bürger drohe der wirtschaftliche Niedergang, ohne den absoluten Vorrang des Fahrrad- und des Fußgängerverkehrs drohe der Klimainfarkt. Ich glaube, alles das ist wirklichkeitsfern. Ariane-Raketenstufen kann man aus dem Werk von EADS nicht mit dem Fahrrad in den Neustädter

(A) Hafen transportieren, Lärmschutz kann im Interesse der Menschen auch Tempolimits erfordern, die Schwachen in unserer Gesellschaft haben einen unveräußerlichen Anspruch auf Teilhabe, und letzten Endes droht keine Massenverelendung, wenn Stellen im öffentlichen Dienst eingespart und Altersgrenzen angepasst werden.

Gerade angesichts der vor uns liegenden schwierigen Entscheidungen, die uns die Haushaltssanierung und die Einhaltung der Schuldenbremse abverlangen werden, werden Vermittlung, Aushandlung und Beteiligung ganz entscheidende Momente unseres Regierungshandelns sein und auch sein müssen. Das wird im Einzelfall nicht immer einfach werden, aber der Beteiligungsprozess zur A 281 hat gezeigt, dass es sich lohnt, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, dieser Senat wird auch in den kommenden vier Jahren von einer stabilen Mehrheit im Parlament getragen werden. Die Mehrheit wird sogar noch größer sein, als sie in der letzten Legislaturperiode gewesen ist, denn am 22. Mai haben die Wählerinnen und Wähler Rot-Grün eine Zweidrittelmehrheit in diesem Parlament beschert. Das ist mit Sicherheit auch ein Beleg für die Arbeit der letzten vier Jahre, aber gewählt wird man seltener für Leistungen in der Vergangenheit, sondern gewählt wird danach, wen die Wähler für eine gute Politik in den nächsten vier Jahren für geeignet halten. Ich sehe deshalb dieses Wahlergebnis nicht so sehr als Ergebnis unserer Politik der letzten vier Jahre, sondern ich sehe das als einen enormen Vertrauensvorschuss und als eine Verpflichtung, konstruktive Politik für dieses Land und für die Menschen zu machen.

(B) Meine Damen und Herren, diese Koalition hat mit dem Koalitionsvertrag, wie ich finde, nicht nur ein überzeugendes inhaltliches Kursbuch vorgelegt, sie hat auch das Personal aufgestellt, um die darin beschriebenen Aufgaben erfolgreich anzugehen.

Wir werden heute vier sozialdemokratische und drei grüne Senatorinnen und Senatoren wählen. Die SPD schlägt Ihnen Jens Böhrnsen als Präsidenten des Senats vor. Ich möchte es kurz machen: 148 000 Stimmen sprechen für sich, vor allem aber für Jens Böhrnsen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik soll erneut Frau Senatorin Jürgens-Pieper übernehmen. Zugleich wird sie auch die Verantwortung für ein weiteres, ganz zentrales Feld der Daseinsvorsorge übernehmen, sie wird in Zukunft die Gesundheitspolitik in diesem Land führen. Ich bin mir sicher, dass die gesundheitspolitische Aufgabenstellung bei ihr in ebenso guten Hän-

den ist, wie es in der Vergangenheit und Zukunft im Bildungsbereich war und sein wird. (C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Auch der Aufgabenbereich von Herrn Senator Günthner ist gewachsen, er wird künftig nicht nur für Wirtschaft, Häfen und Justiz verantwortlich sein, sondern auch das Arbeitsressort führen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Herr Senator Günthner eine ebenso erfolgreiche Arbeitspolitik machen wird, wie es ihm im Bereich der Wirtschafts- und Häfenpolitik gelungen ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Last, but not least schlagen wir Ihnen Herrn Senator Mäurer als alten und neuen Innen- und Sport-senator vor. Wäre er ein Fußballspieler, würde man sagen, er kann rechts wie links.

(Heiterkeit)

Alle, die sich in der Innen- und Sportpolitik auskennen, wissen, dass er dort in den letzten Jahren eine außerordentlich erfolgreiche Arbeit abgeliefert hat, und ich bin mir sicher, das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, soweit unsere nicht besonders überraschenden Personalvorschläge!

Die SPD wird selbstverständlich auch die Vorschläge vom Bündnis 90/Die Grünen geschlossen unterstützen. Besonders freue ich mich, dass die Grünen für das neue Ressort eine Senatorin nominiert haben, die aus unserem Kreis, aus dem Kreis des Parlaments kommt. Das halte ich für ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Dr. Lohse, Frau Stahmann, ich sichere Ihnen im Namen der SPD-Fraktion eine faire, konstruktive, gelegentlich auch einmal kritische, aber auf jeden Fall solidarische Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren zu!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Auch wenn es an dieser Stelle unüblich erscheint, so möchte ich zum Schluss die Gelegenheit dann doch noch nutzen und einem scheidenden Mitglied des

(A) Bremer Senats noch einmal einen Dank für die gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven in den vergangenen fünf Jahren aussprechen! Frau Rosenkötter wird dem Senat in der vor uns liegenden Legislaturperiode nicht mehr angehören, sie wird aber, und darüber freue ich mich ganz besonders, ab morgen Mitglied der SPD-Fraktion sein und insofern diesen Plenarsaal nicht verlassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vor uns liegen weitere vier wichtige Jahre für Bremen und Bremerhaven. Was die finanziellen Herausforderungen anbelangt, werden es vielleicht die schwierigsten Jahre in der Geschichte unseres Gemeinwesens sein. Die rot-grüne Koalition nimmt diese Herausforderung inhaltlich und mit dem aufgestellten Personal an, und ich denke, diese Koalition wird die kommenden vier Jahre erfolgreich bestehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst im Namen der grünen Fraktion alle neuen Abgeordneten in diesem Haus – und es sind ja sehr viele –, ich glaube, so viele wie noch nie nach einer Wahl – recht herzlich begrüßen. Die grüne Fraktion freut sich auf Sie genauso wie natürlich auf die sogenannten alten Abgeordneten, aber ganz besonders auf Sie, die Sie hier neu sind, und wir sichern Ihnen zu, ganz egal, ob Sie in der Regierungsfraktion oder Oppositionsfraktion sitzen, dass wir mit Ihnen sehr gern und konstruktiv und fair zusammenarbeiten wollen. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Lassen Sie mich einen Takt zu den neuen Abgeordneten mit diesem schrecklichen Wort, dem sogenannten Migrationshintergrund sagen! Einige von Ihnen kennen wir bereits aus Arbeitszusammenhängen, und wir haben früher oft für die Anliegen der Migrantinnen und Migranten gestritten. Ich habe das Gefühl, wenn man heute in die Runde schaut – und der Alterspräsident hat es gestern dankenswerterweise auch schon angesprochen –, dass wir das Ziel fast erreicht haben. Wir haben ein kleines Ziel erreicht, nämlich dass die Gesellschaft da draußen in unseren

*) Vom Redner nicht überprüft.

beiden Städten, in diesem Haus, in diesem Parlament besser abgebildet ist, als es früher war, weil mehr Menschen mit Migrationshintergrund hier sind. Ich glaube aber, dass wir es nur fast erreicht haben, denn ganz erreicht hätten wir es, wenn es gar keinem mehr aufgefallen wäre und es ganz normal gewesen wäre,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

dass Sie hier sind, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn das einfach eine Selbstverständlichkeit wäre und gar nicht mehr der Erwähnung bedürfte. Insofern haben wir doch noch ein bisschen zu tun, aber wir haben schon einen sehr großen Schritt in diese Richtung erreicht.

Der Kollege Tschöpe hat angesprochen, dass sehr große Herausforderungen vor diesem Haus und vor allen Dingen auch – heute geht es in erster Linie um den Senat – vor dem Senat liegen. Das ist wahr, insofern kann man jedem nur zu seinem Mut gratulieren und auch wirklich ganz fest die Daumen drücken, der oder die in diesem Senat in den nächsten vier Jahren Verantwortung tragen wird. Schuldenkrise, Konsolidierungsnotwendigkeiten, und, der Alterspräsident Herr Knäpper, hat gestern gesagt, so ein bisschen die dritte Chance – dreimal ist Bremer Recht – zu nutzen, ich habe mir eine Weile überlegt, ob das so ist, wie er das vorgetragen hat, und ich glaube, er hat recht.

Ohne jetzt Katastrophenszenarien an die Wand zu malen, aber wenn das so nicht funktioniert, wie wir uns das in Bremen vorgenommen haben, den Haushalt wieder einigermaßen ins Lot zu bekommen und langfristig sogar auch von den Altschulden ein Stück herunterzukommen, dann haben wir in der Tat ein Problem. Man kann jeden Tag im Fernsehen an Griechenland sehen, dass es, wenn man die Dinge zu lange schiebt, dann nicht besser, sondern umso schmerzhafter wird zu versuchen, sie noch zu korrigieren. Insofern haben wir jetzt zehn Jahre Zeit, und wir beginnen in diesem Jahr, 2011, damit. Ich finde, dass die Koalitionsvereinbarung hervorragend geeignet ist – und an dem Punkt hat keine der beiden Seiten gewackelt, sondern die Verantwortung deutlich erkannt –, diese Herausforderung konstruktiv anzunehmen und dieses Problem auch zu lösen.

Wir haben in Deutschland aber auch eine Energie- wende, die in diesen Tagen im Bundestag und im Bundesrat beschlossen wird, und eine Bildungskrise zu bewältigen. Wir haben nicht nur Armut und soziale Spaltung zu bewältigen, sondern – das ist anhand der Diskussion um die Wahlbeteiligung deutlich geworden – wir haben auch das Problem zu bewältigen, dass immer mehr Menschen zumindest das Gefühl haben, dass sie nicht dazugehören. Es heißt dann einfach: Ihr lasst mich nicht arbeiten, dann habe ich auch keine Lust zu wählen, ihr lasst mich nicht in der Gesellschaft

(C)

(D)

(A) mitmachen, dann mache ich auch nicht mehr mit, ziehe mich immer mehr zurück, das ist individuell für diese Menschen das eine. Wenn man aber einmal deren Kinder betrachtet und welche langfristigen Folgen das hat, dann ist das vielleicht sogar die größte Herausforderung, vor der diese Regierung steht. Ich bin sehr froh, dass es diese Konstellation ist, weil ich glaube, dass diese Konstellation Rot und Grün, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, am besten geeignet ist, gerade diese Frage in diesem Land in den nächsten vier Jahren zu lösen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir waren als grüne Fraktion zwölf Jahre Oppositionsfraktion während einer Großen Koalition. Ich habe gestern am Rande in einem Gespräch gesagt: Auch wenn es im Moment Diskussionen über die Rolle der Opposition gibt, wir werden nicht vergessen, dass es so war. Wir werden auch nicht vergessen, wie man uns damals behandelt hat. Wir werden auch diese Rolle nicht vergessen, wie man sich als sehr kleine Fraktion mit ganz großen Fraktionen in diesem Haus fühlt, wie man versucht, seine Arbeit zu machen, und welche Behinderungen, welche Nachteile es selbstverständlich dabei gibt, wenn man versucht, das Ganze auf Augenhöhe mit einer Regierung, die aus sehr großen Fraktionen besteht, zu bewältigen.

(B) Was aber meines Erachtens nicht geht – und das lassen Sie mich an die Adresse der Opposition auch sagen –, ist, dass man versucht, eine krachende Wahlniederlage zu überspielen, indem man sich flugs in die Opferrolle hineinbegibt, selbst wenn es dafür gar keinen Anlass gibt. Darauf werden wir auch achten: Jetzt haben wir die Wahl verloren, und daran ist die spätere Mehrheit schuld, und jetzt lenken wir einmal die Aufmerksamkeit darauf, dass hier die Opposition angeblich schlecht behandelt wird, diese Nummer werden wir nicht zulassen, wir werden uns als Regierungskoalition ganz klar dagegenstellen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte den ausscheidenden Senatoren, der Senatorin und dem Senator, sehr herzlich für Ihre Arbeit danken. Frau Rosenkötter und Herr Dr. Loske haben in den vergangenen Jahren Großes für Bremen geleistet. Ich finde, dass man dieser Kollegin und diesem Kollegen angesichts ihrer Arbeit gar nicht genug danken kann, dass sie sich in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt haben, diese schwere Arbeit zu machen.

Ich bin mir ganz sicher, dass Herr Dr. Loske im Übrigen bei allen Entscheidungen, die ihm persönlich in der Öffentlichkeit immer wieder sehr personalisiert vorgehalten wurden, immer die hundertprozen-

tige Rückendeckung der grünen Fraktion hatte, bei all diesen Entscheidungen, das ist ganz wichtig! Dennoch ist in der Öffentlichkeit vieles sehr personalisiert diskutiert worden. Ich bedanke mich bei ihm und wünsche ihm alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg. Er hat Bremen in den letzten vier Jahren einen Dienst erwiesen, und dafür sind wir ihm dankbar, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Rosenkötter hat auf Bitten des Bürgermeisters Böhrnsen das Amt der Sozialsenatorin in einer Zeit übernommen, in der vielleicht viele gesagt hätten: Danke für die Anfrage – wir hatten unter tragischen Umständen einen bundesweit, ja teilweise weltweit beachteten Skandal mit einem im Kühlschrank aufgefundenen toten Kind, wir hatten Untersuchungsausschüsse, wir hatten Kriminelle, die sich zum eigenen Vorteil unserer kommunalen Krankenhäuser bemächtigt hatten, auch da gab es einen Untersuchungsausschuss –, ich fühle mich geehrt, aber bitte, könnte man nicht jemand anderen suchen? Frau Rosenkötter hat dieses Amt übernommen und es in den folgenden Jahren geschafft, diese schwierige Situation, in der nicht sie persönlich, in der nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe, nicht nur die Gesundheitspolitik, sondern in der Bremen insgesamt war, wie ich finde, hervorragend zu meistern. Mir geht es wie meinem Kollegen, Herrn Tschöpe: Ich freue mich sehr, dass sie sich dafür entschieden hat, in dieser Legislaturperiode in unserem Kreis – Abgeordnete war sie noch nicht, Senatorin war sie einige Jahre – als Abgeordnete mitzuarbeiten, und ich heiße sie auch im Namen der grünen Fraktion hier im Haus sehr herzlich willkommen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist bei dieser Wahl in einem Schnelldurchlauf mit relativ wenig Zeit schwierig, das Engagement aller Senatorinnen und Senatoren ausführlich zu würdigen. Die grüne Fraktion unterstützt alle sieben aufgestellten Personen nachdrücklich und einstimmig in ihrer Wahl in den Senat.

Über dieses Wahlergebnis wurden alle möglichen Interpretationen angestellt. Ich finde, dass die relativ einfache Betrachtung, die etwas schlicht ist, aber meines Erachtens die schlichte Wahrheit, viel zu wenig beachtet wurde: Wenn in so schwierigen Zeiten in einem solchen Bundesland eine Regierung acht Prozent zulegt und Oppositionsparteien elf Prozent verlieren, dann muss diese Regierung, getragen von den Fraktionen hier im Haus, eine ziemlich gute Arbeit gemacht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Interpretation ist die naheliegendste von allen, die man haben kann.

(C)

(D)

(A) Wir werden Bürgermeister Böhrnsen, Bildungsse-
natorin Jürgens-Pieper, Innensenator Mäurer und
Wirtschaftssenator Günthner, die alle in der einen oder
anderen Form noch Verantwortung dazubekommen
haben – wenn ich allein daran denke, dass das gro-
ße Ressort von Frau Jürgens-Pieper mit allen Schu-
len, mit den Hochschulen und jetzt noch mit dem The-
ma Gesundheit gewiss nicht einfach sein wird ange-
sichts der Probleme im Gesundheitswesen, und auch
Wirtschaftssenator Günthner mit dem Arbeitsmarkt-
bereich, den er dazu bekommen hat –, alle unterstüt-
zen und sind der Meinung, dass sie die richtige Wahl
für Bremen sind, um Bremen weiter auf einen guten
Weg zu führen.

Die Grünen als Partei und auch wir als Fraktion
haben uns dem einstimmig angeschlossen, weiterhin
Frau Bürgermeisterin Linnert als Finanzsenatorin zu
nominieren. Frau Linnert hat in einer Zeit Verantwor-
tung für die Finanzen übernommen, in der dies für
Grüne sehr ungewöhnlich war. Das gab es damals
nicht, und vielleicht ist es angesichts von Schulden
und angesichts der großen Probleme, die es bei den
Finanzen gibt, auch keine Überraschung, das gibt es
bis heute nicht. Sie ist nach wie vor die einzige Grü-
ne, die in einem Land Verantwortung für den Haus-
halt übernommen hat, und das in dem Land, das am
höchsten verschuldet ist. Ich glaube, dass die Men-
schen in unseren beiden Städten in diesem Land das
Gefühl haben, dass sie es mit der Transparenz und
mit der Offenheit, mit der sie die angeblich so un-
durchsichtige Welt der Finanzen, der Schulden und
der Haushalte versieht, richtig macht. Ich spreche ihr
noch einmal ausdrücklich das Vertrauen unserer
Fraktion aus, und ich glaube, dass sie genau die Rich-
tige ist, um dieses schwierige Schiff durch diese
schwierigen Zeiten zu steuern, meine Damen und Her-
ren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Frau Stahmann sitzt noch hier unter den Abgeord-
neten und wird uns dann nachher mit der Senatswahl
verlassen. Auch da, muss ich sagen, hat mir sehr gut
gefallen, was der Kollege Tschöpe sagte. Es ist bei-
des richtig, und da komme ich sowohl zu dem desig-
nierten Senator Herrn Dr. Lohse als auch zu Frau Stah-
mann: Bremen profitiert, wenn wir einerseits unse-
re Eigengewächse – aus Bremerhaven eigentlich, in-
zwischen auch in Bremen eingebürgert – hier aus dem
Parlament in diese schwierige Verantwortung der Lan-
desregierung schicken, wenn wir uns andererseits
aber gleichzeitig nicht verschließen, auch immer wie-
der Know-how von außen dazuzubekommen und die
Menschen dann zu Bremern und Bremerinnen zu ma-
chen. Beides zusammen macht Sinn! Der Wahlvor-
schlag der Grünen, nämlich Frau Stahmann und Herr
Dr. Lohse, ist ein solcher Wahlvorschlag.

Wir haben Leute, die diese schweren Aufgaben
übernehmen können, und Frau Stahmann ist gewiss

eine solche Person, gerade in diesem Ressort, und wir
haben Menschen wie Herrn Dr. Lohse – und darüber
bin ich besonders froh! –, die, ohne die Notwendig-
keit zu haben, ohne nun besonders gedrängt zu sein,
einen neuen Job zu suchen, auf einen Anruf, ob man
nicht einmal Senator in Bremen werden möchte, nicht
einfach Nein sagen und wieder auflegen, sondern fra-
gen, was ist das für ein Job, was muss ich da machen,
kann ich das, wollt ihr das, wie können wir das zu-
sammen machen, und sich dann bereit erklären, nach
Bremen zu kommen, um hier unsere Reihen zu ver-
stärken. Insofern bin ich froh, dass wir genau diese
Konstellation heute haben. Ich heiße Sie beide nachher
im Senat aus vollem Herzen willkommen, liebe Frau
Stahmann und lieber Herr Dr. Lohse!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ich finde, dass die Koalitionsverhandlungen sehr
positiv verlaufen sind. Lassen Sie mich noch einmal
einen Punkt herausgreifen, das möchte ich an die-
ser Stelle sehr gern tun, weil es mir ein persönliches
Bedürfnis ist: Es wird so viel über Politiker geschimpft,
einmal in Leitartikeln, einmal in Leserbriefen, oft trifft
es sich. Es wird über Bezüge und Pensionsansprüche
gestritten, über die andere Menschen, die in Verant-
wortung sind, nur milde lächeln würden und sagen,
das könnte ich irgendwie spenden, weil ich das so-
wieso nicht brauche, so eine Summe schaue ich mir
erst gar nicht an. Es wird sehr viel kritisiert an der
Politik, und dann gehen die wirklich positiven Din-
ge, die passieren, manchmal ein klein wenig unter.

Bürgermeister Böhrnsen hätte – und das, glaube
ich, ist ganz einfach nachzuvollziehen – Unmut und
Diskussion in seiner eigenen Partei, der Sozialdemo-
kratischen Partei, vermeiden können, wenn er ein-
fach gesagt hätte: Dann stocken wir den Senat auf,
dann machen wir ein Senatsressort mehr, und dann
bekommen wir das in der ganzen Arithmetik besser
hin, schöne Parteitage, rote Rosen, Blumensträuße,
Beifall und so weiter! Er hat aber den schwierigen
Weg gewählt, nämlich zu sagen, nein, wir haben eine
Verpflichtung gegenüber den Finanzen, wir sind in
einem Haushaltsnotlageland, wir müssen auch in Be-
reichen, in denen es mir selbst als Bürgermeister weh-
tut, den einen oder anderen Euro kürzen. Dennoch
bin ich der Meinung, dass wir versuchen müssen, es
zu schaffen, und ich gehe die Schwierigkeiten, die
ich dadurch bekomme, wenn ich so entscheide, be-
wusst ein. Ich finde – der Präsident macht sich be-
merkbar, aber dieser Satz muss auf jeden Fall noch
sein –, dass ein solches Verhalten, ein solcher Poli-
tikstil, der nicht nur in diesem Punkt, sondern auch
bei vielen anderen Punkten Kennzeichen des Bür-
germeisters ist, hier einer ausdrücklichen Erwähnung
bedarf. Ich bedanke mich noch einmal dafür, dass er
damit auch prägend für die Politik dieser rot-grünen
Koalition eingegriffen hat. – Recht herzlichen Dank!

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die grüne Fraktion wird diesen Senat einstimmig wählen, sie wird mit heißem Herzen und wie immer auch mit sehr kritischem Bewusstsein, aber solidarisch und konstruktiv die Arbeit dieses Senats begleiten. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass es an der einen oder anderen Stelle zu Interessenskonflikten oder Meinungsverschiedenheiten kommt, wie in den letzten vier Jahren auch. Es wäre sehr seltsam, wenn das nicht so wäre. Die Art und Weise, wie wir es bisher gemacht haben, auf die Art und Weise, wie wir es mit Ihnen, die jetzt schon im Amt sind, und mit den beiden neuen Senatoren regeln werden, kommt es an. Sie sind sehr stark im Fokus der Öffentlichkeit, bisher hat es hervorragend geklappt.

(Glocke)

Das Wahlergebnis ist ein guter Rückenwind für diese neue Regierung, die wir heute ins Amt wählen, und ich freue mich darauf, dass Bremen die nächsten vier Jahre mit dieser Regierung gestärkt ans Werk gehen kann. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass die Ursache dafür, dass wir heute einen neuen Senat wählen, darin liegt, dass die Bürgerinnen und Bürger am 22. Mai dieses Jahres ein neues Parlament gewählt haben. Das Ergebnis dieser Wahl ist, dass die bisherige rot-grüne Landesregierung gestärkt aus dem Wählervotum hervorgeht und einen Regierungsauftrag erhalten hat, der sich aber aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion aufgrund der breiten Mehrheit, die dahintersteckt, von dem Regierungsauftrag der vergangenen Legislaturperiode doch deutlich unterscheidet.

Mit einer Zweidrittelmehrheit hier im Parlament hat die neue Regierung eine besondere Kraft, die wirklich wichtigen Probleme unseres Bundeslandes und seiner beiden Städte anzugehen. Aus dem Wahlergebnis erwächst daher nicht nur das Recht, mit dem Koalitionsvertrag und einem politischen Programm, über das wir im Einzelnen in der nächsten Woche noch miteinander debattieren werden, Schwerpunkte zu setzen, sondern es erwächst in einer ganz besonderen Weise auch die Verantwortung, die tiefgreifenden Probleme unseres Landes zu lösen, ohne jeden

*) Vom Redner nicht überprüft.

Tag der Demoskopie, den veröffentlichten Meinungen, den Interessengruppierungen hinterherzulaufen. Wenn es je eine Chance gegeben hat, dieses Land von den drückenden Problemen zu lösen, dann hat sie diese neue Regierung mit dieser großen Mehrheit.

(Beifall bei der CDU)

Der Koalitionsvertrag enthält einiges, das auch aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion richtig ist, nicht nur, weil er teilweise unsere Forderungen aus der vergangenen Legislaturperiode übernimmt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, Herr Dr. Kuhn, wie wir noch vor wenigen Wochen an der rot-grünen Mehrheit mit unserem Ansinnen gescheitert sind, das Neuverschuldungsverbot, die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Warten Sie einmal ab! Schauen Sie einmal!)

Jetzt einigt sich die Koalition, nachdem sie vehement dieses Ansinnen der Opposition abgelehnt hat, wenige Wochen später darauf, das zu machen. Ich sage, das ist aus meiner Sicht richtig, es ist gut, dass Sie sich unserer Auffassung mittlerweile angeschlossen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für den Bereich der Evaluation der Arbeitsmarktförderung. Da kommt auf Herrn Senator Günthner eine Menge Verantwortung zu. Zugegeben, er wird auch viele alte Bekannte treffen, da gerade im Bereich der Arbeitsmarktförderung mit der Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft „Unterweser“ oder mit dem Arbeitsförderungszentrum in Bremerhaven viele Sozialdemokraten auch im operativen Geschäft Verantwortung haben. Ich kann mir nur wünschen, meine Damen und Herren, dass die schwierige Balance zwischen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, den freien Stellen und der viel zu großen Schar derjenigen, die dringend darauf warten, Ausbildungsplätze zu bekommen und Arbeitsplätze zu erhalten, in Zukunft besser gelöst wird, als es in der Vergangenheit der Fall war. Wir brauchen eine Qualifizierung für den Arbeitsmarkt und keine Qualifizierungsmaßnahmen für Träger der Arbeitsmarktförderung. Wir haben eine Verantwortung für den Menschen und keine Verantwortung für irgendwelche Trägerstrukturen. Das wird eine große Aufgabe für den neuen Senator werden.

(Beifall bei der CDU)

Gleichwohl, obwohl in diesem Koalitionsvertrag vieles richtig ist, vermisse ich in Anbetracht der starken Kraft, die sich in diesem Parlament aus dem Wahlergebnis herleitet, den Mut, auch die wichtigen Ent-

(C)

(D)

(A) scheidungen zu treffen. Ich will es an vier kurzen Beispielen deutlich machen! Mir fehlt in dem Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Ich finde viele Bekenntnisse zur sozialen Wirtschaft mit Rekommunalisierung und viele anderen Themen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wachstum und Beschäftigung können in Bremen und Bremerhaven aber nur entstehen, wenn auch diese Koalition sich dazu bekennt, dass der Schlüssel für einen Sozialstaat darin liegt, dass immer mehr Menschen, möglichst alle, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse kommen, und das wird uns nur gelingen, wenn neue Arbeitsplätze und wenn Wirtschaftswachstum in Bremen und Bremerhaven entstehen, und dazu enthält der Koalitionsvertrag keine oder die falschen Antworten, das ist Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion!

(Beifall bei der CDU)

Wo ist die Zielrechnung? Wo ist das wirtschaftspolitische Konzept? Welche Unternehmen sollen angesiedelt werden? Welche Investitionen sollen angereizt werden? Wo sollen neue Arbeitsplätze entstehen? Auf alle diese Fragen gibt der Koalitionsvertrag keine Antwort. Der ehemalige Wirtschaftssenator der letzten Legislaturperiode, Ralf Nagel, hat gesagt: Als ich mein Amt angetreten habe, habe ich leere Schubladen vorgefunden. Das ist ein Vorwurf an die Opposition seinerzeit gewesen. Das Problem ist aber auch: Nach vier Jahren sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind diese Schubladen immer noch leer. Es gibt kein einziges Konzept, wie in Bremen und Bremerhaven Wachstum und Beschäftigung und damit eben auch sozialer Wohlstand gesichert werden soll. Die Antwort im Koalitionsvertrag ist eine Nullnummer, das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich in der Vergangenheit natürlich auch noch über die Zeit retten können, weil Sie sogar bis kurz vor der Wahl noch von Entscheidungen der Vorgängerregierungen profitieren konnten. Ja, Herr Dr. Kuhn hat gesagt, die Party ist zu Ende, aber die Koalition hat weiter gefeiert. Ich sage nur CT 4, Kaiserschleuse,

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Offshore-Terminal, Fertigstellung der A 281, Überseestadt, das sind alles Maßnahmen, die noch zu Zeiten der alten Regierung eingeleitet worden sind, die Sie alle noch eröffnet haben in dieser Legislaturperiode, werden Sie aber nicht mehr von der Vorvorgängerregierung profitieren können, Sie müssen eigene Leistungen zeigen, und das wird die große Aufgabe in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der nächsten Jahre sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Heiterkeit! Mal sehen!)

(C)

Die zweite gewaltige Herausforderung ist die Haushaltskonsolidierung. Darüber haben wir in der letzten Legislaturperiode lebhaft gestritten, und ich hätte gehofft, dass die Koalition mit der neuen Kraft der breiten Mehrheit hier auch den Mut hat, zu mutigeren und nachhaltigeren Entscheidungen zu kommen. Ich finde, in Anbetracht der Haushaltslage und der breiten Mehrheit ist es unverändert enttäuschend, dass Sie sich den enormen Sparverpflichtungen unseres Landes eben nicht konzeptionell, sondern wieder nur mit dem Rasenmäher nähern.

Meine Damen und Herren, sowohl der Präsident des Senats als auch die Finanzsenatorin haben den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl versprochen, dass sie sparen wollen, ohne dass es jemand merkt.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das stimmt so nicht!)

Die Rendite und die Unredlichkeit dieser Behauptung finden sich in diesem Koalitionsvertrag wieder.

Sie wollen die Grundsteuer anheben mit der Folge, dass alle Mieterinnen und Mieter und alle Eigentümer von Wohnungen und Häusern in Zukunft mehr Geld an den Staat abführen sollen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht gar nicht darin! Grundsteuer steht gar nicht darin!)

(D)

Sie wollen die Gewerbesteuer anheben, Sie wollen eine Straßenreinigungsgebühr prüfen, Sie wollen sich so viel Geld von den Bürgerinnen und Bürgern holen, wie Sie brauchen, um Ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Richtig sparen kann man aber nur, wenn man seine eigenen Ausgaben auf die Notwendigkeit auch wirklich überprüft und nur das durchführt, das wirklich zwingend notwendig ist, meine Damen und Herren, und darauf finden Sie in dem Vertrag, obwohl Sie im Parlament eine breite Mehrheit haben, nicht die richtigen Antworten.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Was machen wir denn?)

In der inneren Sicherheit bleiben die großen Herausforderungen aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion zum einen die Drogenkriminalität und zum anderen die zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und die sich daraus ergebende Jugendkriminalität.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Zunehmende? Können Sie keine Statistik lesen?)

(A) Ich bin der festen Überzeugung, dass die Drogenpolitik schon allein deswegen im Mittelpunkt der inneren Sicherheit stehen muss, weil es aus meiner Sicht kein schlimmeres Verbrechen gibt, als Kinder und Jugendliche zum Genuss von Drogen zu verführen und sie von diesen gefährlichen Substanzen abhängig zu machen. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, dass Drogenkriminalität auch deswegen bekämpft werden muss, weil über die Betroffenen hinaus viele Menschen in Bremen und Bremerhaven unter den Folgen der Beschaffungskriminalität durch Einbruchdiebstähle, durch Diebstähle, durch Alltagskriminalität zu leiden haben. Deswegen muss der Schwerpunkt in der Innenpolitik darauf liegen, dass diese Drogenkriminalität mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen bekämpft wird, das ist unsere Auffassung als CDU- Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Da rächt sich, dass diese Regierung eben nicht den notwendigen Mut hat, aus der Kraft der Mehrheit auch zu den notwendigen Entscheidungen zu kommen.

Entgegen allen Versprechungen vor den Wahlen wird das Personal bei der Polizei gekürzt. Herr Senator Mäurer, wie wollen Sie das eigentlich umsetzen? Sie haben vor der Wahl Reversschließungen ausgeschlossen, Sie haben vor der Wahl Zusagen, was die Stärke der Polizei betrifft, gemacht.

(B)

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Wie wollen Sie diese Zusagen eigentlich einhalten, wenn mit dem Rasenmäher auch bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven gespart werden soll? So funktioniert effektives Sparen nicht! Man muss Schwerpunkte setzen und sich konzentrieren, und dazu hat diese Regierung bisher offensichtlich nicht den Mut gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vierte Punkt, zu dem ich kurz etwas sagen möchte und der auch in der Debatte schon eine Rolle gespielt hat, ist die Frage der Chancengerechtigkeit! Ich finde, Frau Senatorin Jürgens-Pieper, wir haben mit dem Bildungskonsens in der letzten Legislaturperiode gemeinsam eine gute Grundlage dafür geschaffen, dass sich die Qualität von Bildung auch nachhaltig in Bremen und Bremerhaven verbessern kann. Ich kann Sie nur ermuntern, diesen Konsens nicht infrage zu stellen, erstens, weil er zwischenzeitlich über Bremen hinaus, zumindest was die CDU – ohne CSU – betrifft, Vorbildcharakter bekommen hat, zweitens aber auch deswegen, weil ich fest daran glaube, dass die Zukunft unserer Kinder, die Befähigung, am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Chancen zu haben und bestehen zu können, auch der Schlüssel dazu ist, die

sozialen Schwierigkeiten in den beiden Städten unseres Landes zu überwinden. Deswegen lese ich mit Aufmerksamkeit die Passagen im Koalitionsvertrag, die sich mit der Schulstruktur befassen. Wenn Sie sagen, mit der Schaffung der Oberschule sind wir unserem Ziel, einer Schule für alle, näher gekommen, dann kommt es schon sehr darauf an, mit welcher Betonung man diesen Satz liest.

(C)

Ich verlange von Ihnen, dass Sie sich an Geist und Inhalt des Bildungskonsenses halten, und der bedeutet, dass wir in Bremen und Bremerhaven ein gegliedertes Schulsystem behalten, dass wir Vielfalt auch durch freie Träger in der Schullandschaft halten und ausbauen und nicht auf Kosten der Bildung sparen. Das ist die Zusage aus dem Bildungskonsens, und ich erwarte, dass Sie das als diejenige, die es mit unterzeichnet und verhandelt hat, auch durchsetzen. Das ist unsere Erwartungshaltung an Sie, Frau Senatorin Jürgens-Pieper!

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ob daneben noch genug Zeit bleibt, sich auch um den Klinikumbau zu kümmern, ist eine Frage, die die Koalition beantworten muss. Leicht wird das sicherlich nicht! Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen vier Schwerpunkten wollte ich zeigen, dass es auch Konflikte zur Regierung gibt.

(D)

Ich möchte aber auch kurz etwas zur Ressortverteilung des Senats sagen!

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Jetzt kommt es!)

Mit der Wahl von Frau Stahmann als künftige Sozialsenatorin zieht das erste Mal in der Geschichte Bremens seit dem Krieg eine Nicht-Sozialdemokratin –

(Zuruf: Falsch! Die CDU hat es einmal regiert!)

ja, ganz kurz! –, also in den letzten 40 Jahren das erste Mal ein Nicht-CDU-Mitglied und ein Nicht-Sozialdemokrat in die sozialdemokratische Herzkammer ein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sehr geehrte Frau Stahmann, dort liegen die Netzwerke, die Verpflichtung und die Abhängigkeiten dieser Stadt mit den regierenden Sozialdemokraten, und deswegen haben wir die Erwartungshaltung, dass es einen Kurswechsel in der Sozialpolitik in Bremen gibt, dass in Zukunft nicht mehr die Finanzierung von Trägern im Vordergrund steht, sondern die Übernahme von Verantwortung und die Gewährung von Chancen in den Vordergrund bremischer Sozialpolitik ge-

(A) rückt wird. Liebe Frau Stahmann, es geht nicht darum, möglichst viel Geld umzuverteilen, sondern es geht darum, möglichst vielen Menschen wieder eine Chance zu geben, inmitten unserer Gesellschaft anständig leben zu können. Das wird Ihre Verantwortung sein, und dabei wünschen wir Ihnen viel Erfolg und viel Glück!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden den Senat heute mit den Stimmen der CDU-Fraktion nicht wählen. Das wird Sie nicht überraschen – Herr Dr. Güldner, das haben Sie früher auch nicht getan! –,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass wir, wie in der Vergangenheit auch, diese neue Regierung, wenn sie gewählt wird, mit aller Kraft auch aus der Opposition heraus unterstützen werden,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja nicht so viel!)

und zwar durch Konsens, wo Konsens erforderlich ist, Stichwort Bildung, durch Kontroverse, wo Kontroverse erforderlich ist, Stichwort Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber immer an der Sache orientiert.

(B)

Ich möchte zum Schluss an Sie, die Abgeordneten aus der SPD-Fraktion und vom Bündnis 90/Die Grünen appellieren: Sie haben durch den Wählerauftrag eine enorme Kraft, die riesigen Probleme unseres Landes zu lösen. Haben Sie bitte auch den Mut, aus dieser Kraft Erfolge zu schöpfen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, ich bin schon ein bisschen nervös, hier das erste Mal zu sprechen, aber man hat mir gesagt, schlimmer als auf Landesparteitagen der hier vertretenen Parteien kann es hier auch nicht sein.

(Heiterkeit – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Viel besser!)

Daher denke ich, ich fange hier einmal an.

Die Frage, die sich mir hier heute stellt, ist: Wählen wir hier tatsächlich einen Senat, oder wählen wir eine Landesregierung, die auch ihrem verfassungs-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

gemäßen Auftrag gerecht wird, oder wählen wir eher ein Verwaltungsgremium, das letztendlich keine politischen Entscheidungen mehr trifft, das sich nur die Aufgabe setzt, die Kürzungspolitik der Bundesregierung und die Schuldenbremse hier in Bremen durchzusetzen? Mit Blick auf Ihre Koalitionsvereinbarung und mit Blick auf die neue Ressortstruktur fürchte ich, dass das Letztere der Fall ist. Ich denke, dass der Senat, der sich hier heute zur Wahl stellt, gar nicht entscheiden will, denn ansonsten hätte er in der Koalitionsvereinbarung einiges anders gemacht, und ich glaube, dass es für Bremen eine neue Situation ist.

(C)

Bei der Wahl des ersten rot-grünen Senats vor vier Jahren ist uns von den Koalitionsparteien eine Zäsur angekündigt worden. Neue Akzente in der Bildungspolitik und der Kampf gegen die soziale Spaltung wurden uns damals versprochen. Davon ist nicht viel übrig geblieben. Stattdessen ist das Leitthema von SPD und Grünen im Moment einfach nur kürzen, kürzen, kürzen!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zäsur, die uns damals angekündigt worden ist, findet nämlich jetzt statt,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sparen wir jetzt gar nicht, oder sparen wir uns zu Tode?)

(D)

denn hier wird heute ein Senat gewählt, der sich als erste Verpflichtung in der nächsten Legislaturperiode zum Ziel gesetzt hat, eine reale Kürzung der Leistungen von einer halben Milliarde Euro durchzusetzen, und vom ursprünglichen Senat sind hier auch bezeichnenderweise nur noch drei Personen übrig. Mit Bürgermeister Böhrnsen und Finanzsenatorin Linnert sind es auch die beiden, die für den Verlust der politischen Handlungsfähigkeit verantwortlich sind.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe)

Es sind drei, nein, nein!

Ich will das noch einmal rekapitulieren: Bremen hat 2007 Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, und zwar wegen weiterer Sanierungshilfen. Damals waren Finanzsenatorin Linnert und Bürgermeister Böhrnsen noch der Meinung, dass Bremen kaum Kürzungsmöglichkeiten habe, und nach einhalb Jahrzehnten Sanierung sei hier – und ich zitiere hier mit Erlaubnis des Präsidenten –

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Brauchen Sie nicht!)

„das Ende der Fahnenstange erreicht.“ Bremen sei „heruntergespart bis auf die Knochen“ und habe „definitiv keinen Speck mehr auf den Rippen“. Die Idee,

- (A) Bremen könne eine Milliarde Euro einsparen, sei „abwegig, absurd und akademisches Geschwafel,“ und solche Kürzungszwänge würden „Bremen kaputtsparen und ruinieren“. Das waren Ihre Worte vor vier Jahren!

Nach diesen klaren Aussagen hätte ich eigentlich erwartet, dass Herr Böhrnsen und Frau Linnert auch in der Föderalismuskommission II das Ende der Fahnenstange im Sinne von Kürzen und Sparen durchsetzen.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen]: Und dann? Wie?
Was?)

Stattdessen haben Sie sich verpflichtet, die Vorgaben des Sanierungspfads einzuhalten, und selbst Ihre ressorteigenen Prognosen gehen hier mit realen Kürzungen in den Primärleistungen von 900 Millionen Euro bis 2019 aus. Damit halten Sie das, was Sie vor vier Jahren für nicht möglich gehalten haben, offensichtlich für machbar. Ich glaube, wie gesagt, dass Ihre damaligen Aussagen heute auch noch zutreffen. Bremen ist heute nämlich noch viel heruntergespart als vor vier Jahren und hat noch weniger Speck auf den Rippen! Die Kürzungspläne, die Sie hier im Koalitionsvertrag aufgemacht haben, sind abwegig und absurd und werden Bremen kaputtsparen und am Ende ruinieren.

- (B) (Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n
[Bündnis 90/Die Grünen]: Woher nehmen wir das Geld denn? Wer gibt uns denn das Geld?)

Dass die Schuldenbremse im Grundgesetz steht, kann auch nicht als Entschuldigung herhalten, denn Sie haben sie aktiv im Bundesrat eingebracht, und es wäre jetzt irgendwie ganz gut gewesen, diese Schuldenbremse nicht auch noch in die Landesverfassung aufzunehmen. Damit haben Sie sich nämlich dem absoluten Kürzungszwang unterworfen.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie nehmen der Politik hier jeden Gestaltungsraum, das möchte ich Ihnen einmal sagen, denn eine Kommune, die pleite ist – und wir sind auch eine Kommune, die pleite ist und bei der man nichts mehr entscheiden kann –, in der nichts mehr zu verteilen ist, weil man sich nicht bemüht, ist einfach ein richtiges Problem. Wir denken, dass das auch eine Entdemokratisierung ist, denn ich weiß gar nicht, worüber wir uns hier eigentlich in den nächsten vier Jahren streiten sollen. Die angekündigten Kürzungen werden nicht dazu führen, dass Bremen seinen verfassungsgemäßen Verpflichtungen gegenüber den Bremer Bürgerinnen und Bürgern noch irgendwie gerecht wird. Par-

lamente werden dann überflüssig, wenn es nichts mehr gibt, worüber man entscheiden kann, und zwei Bürgermeister, die sich selbst damit überflüssig gemacht haben, werden dem Wählerauftrag nicht gerecht, das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

Auch Bildungssenatorin Jürgens-Pieper hat es in den letzten vier Jahren nicht geschafft, eine gerechtere und bessere Bildungspolitik in Bremen einzuführen. Die SPD ist hier an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert. Der 2007 im Koalitionsvertrag angekündigte große Wurf an den Schulen kam nicht zustande. Die damals vereinbarte längere gemeinsame Beschulung ist nicht zustande gekommen. In Bremen sind immer noch wichtige Aufgaben nicht umgesetzt, wie die frühe Sprachförderung, sie ist immer noch nicht verzahnt, sie ist immer noch drittmittelfinanziert, ist immer noch nicht wieder in Sachen Bildung in die Schulen zurückgeführt worden, und die personelle und räumliche Ausstattung vieler Schulen in vielen Stadtteilen lässt arg zu wünschen übrig.

Ich muss hier an dieser Stelle aber auch einmal sagen, Frau Senatorin Jürgens-Pieper hatte in den letzten Jahren auch in einer Position meinen Respekt, weil nämlich die Große Koalition seit 1993 im Bereich Bildung so viel gekürzt hat, dass ich schon damals, vor zehn Jahren dachte: Ist dieser letzte PISA-Platz eigentlich eingepflanzt, und warum? Frau Jürgens-Pieper hat sich in den letzten vier Jahren immer dafür stark gemacht, dass im Haushalt Mittel für Bildung umgeschichtet werden, und das rechne ich ihr an dieser Stelle hoch an.

(Abg. S e n k a l [SPD]: Wir auch!)

Das Problem ist nur, in der jetzigen Koalitionsvereinbarung haben Sie diese Kürzungen mit dieser 1,2-Prozent-Quote festgesetzt. Das bedeutet langfristig einen Lehrerstellenabbau von bis zu 450 Stellen. Das ist in meinen Augen hoch problematisch, weil wir damit den Aufgaben hier nicht gerecht werden, gerade wenn wir sagen, Bildung ist die Grundvoraussetzung von Beteiligung an gesellschaftlicher Teilhabe und Beteiligung am Arbeitsleben. Damit verdichtet sich soziale Ungleichheit, und damit verspielt man die Chancen der Jüngsten, vor allen Dingen in bestimmten Stadtteilen, wahrscheinlich nicht in Schwachhausen.

Ich muss aber an dieser Stelle auch noch einmal sagen: Ein Kelch ist da glücklicherweise an uns vorbeigegangen, eine grüne Bildungssenatorin mit neuen Privatschulen für Bioladen-Eliten, und ich hoffe sehr, dass Sie diesem Druck auch standhalten.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg.
D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Es lebe das Vorurteil! Es lebe das schlichte Denken!)

(C)

(D)

(A) Dann hoffe ich natürlich auch, dass Frau Senatorin Jürgens-Pieper sich daran erinnert, dass sie auch noch die Krankenhäuser verwalten darf, und genau da liegt eigentlich für uns das Problem, in diesen neuen Ressortzuschnitten! Nach unserer Meinung sind sie nicht aus fachlicher Sicht zusammengestellt worden, sondern nur aus Proporzgründen, um dem Wahlausgang gerecht zu werden. Aus Gründen der Koalitionssarithmetik erhalten die Grünen jetzt ein halbes Ressort mehr, und das ist genau das Problem! Das Sozialressort ist nämlich nur noch ein halbes Ressort, ohne Arbeit und ohne Gesundheit. Hier können die Grünen in einer ehemaligen Domäne der SPD wildern.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie der Blinde vor der Farbe!)

Herr Dr. Güldner, Sie haben im Wahlkampf bereits angekündigt, Sozialleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Ich war dabei, das war beim Paritätischen, und angekündigt wurde auch der Kahlschlag bei Projekten. An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, wenn das hier darauf hinausläuft, dass Bremen nur noch maximal so viel für den sozialen Zusammenhalt tut, wie es die Bundesregierung vorschreibt, dann sieht es hier in vier Jahren wirklich düster aus, denn dann hat die soziale Spaltung einen ganz anderen Raum eingenommen als in den letzten Jahren auch schon oder in den letzten drei Jahrzehnten.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in vier Jahren wird niemand glauben, dass Frau Stahmann das allein zu verantworten hatte. Darauf würde ich an Ihrer Stelle nicht spekulieren, und Frau Stahmann – so viel sei hier einmal persönlich erlaubt! –, ich kenne Sie ja seit etwa 15 Jahren, und ich weiß Ihr Engagement in vielen Sachen sehr zu würdigen: Ich glaube, Sie übernehmen einfach den undankbarsten Job, und ich wünsche Ihnen trotz allem viel Kraft.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ich habe Spaß daran! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das wissen Sie doch noch gar nicht!)

Jetzt, nach diesem Ressortzuschnitt, wird auch noch Arbeitsmarktpolitik einem neoliberalen Wirtschaftsminister zugeordnet.

(Unruhe – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Einspruch!)

Das heißt, Arbeitsmarktpolitik wird damit ganz einseitig Wirtschaftspolitik untergeordnet, und Armutsbekämpfung fällt hinten herunter. Das erinnert mich ziemlich an die schwarz-gelbe Politik im Bund, die auf Kosten der Erwerbslosen kürzt. Das Andocken des Arbeitsressorts an das Wirtschaftsressort ist für

mich ein Affront gegen die sozial Benachteiligten in dieser Stadt, das muss ich einmal ganz klar sagen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Nun einmal zu Herrn Mäurer! Ich denke einmal, eigentlich müssten Sie in beiden Fraktionen mit ihm an der Spitze des Innenressorts nicht zufrieden sein, und ich frage mich, warum Sie ihn noch einmal ins Rennen schicken. Herr Mäurer ignorierte einstimmige Bürgerschaftsbeschlüsse, die er bei der IMK einbringen sollte. Er steht für katastrophale Zustände in der Ausländerbehörde und mehr Repressionen, beispielsweise jetzt bei der Demonstration gegen die NPD am 30. April 2011. An dieser Stelle möchte ich einmal anmerken: Herr Röwekamp hat es als CDU-Innenminister 2006 geschafft, eine Demonstration der NPD nicht stattfinden zu lassen, und er hat keine 1,2 Millionen Euro dafür verschleudert. Herr Senator Mäurer steht für Aussitzen!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? – Abg. T s c h ö p e [SPD]: Ist das jetzt ein Lob?)

Das war jetzt mein Lob! Das hat er nämlich einmal gut gemacht!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nach meiner persönlichen Erinnerung hat sie stattgefunden!) (D)

Herr Röwekamp, sie hat drei Minuten stattgefunden, aber es gab irgendwie nicht so ein großes Polizeiaufgebot, und die Leute waren auf der Strecke, und die Demonstration war verhindert!

(Zurufe)

Ja, ich war auch da, auf beiden Demonstrationen! Auch nicht im schwarzen Block! Ich bin Gröpelingerin, und alle Gröpelinger waren damals auf der Straße.

Herr Senator Mäurer steht aber auch für Aussitzen und Blockieren und für halbherziges Vorsitzen bei wünschenswerten Projekten. Wenn Sie, Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und der SPD, im Bereich der Flüchtlinge Verbesserungen anstreben, dann frage ich mich an dieser Stelle: Glauben Sie wirklich, dass Herr Mäurer da entschlossen vorgeht, nach dem, was er in den letzten vier Jahren gemacht hat?

(Abg. Frau K r ü m p f e r [SPD]: Ja!)

Ich persönlich nicht!

Zum Schluss möchte ich den neuen designierten Senator Herrn Dr. Lohse gern in Bremen willkommen heißen, und ich wünsche ihm hier einen guten Einstieg! Ich hoffe, dass Sie für mehr Bürgerbeteiligung

(A) sorgen, denn hier gibt es einige Defizite aufzuholen, und dabei wünsche ich Ihnen viel Glück!

Zum Schluss, das wird Sie auch nicht verwundern: Der Senat wird einen Koalitionsvertrag umsetzen, den wir in Bausch und Bogen ablehnen. Wir werden einen Ressortzuschnitt haben, den wir persönlich unsinnig finden, und wir haben Personal, das in der Vergangenheit an einigen Stellen versagt hat. Wir werden Sie daher nicht wählen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abg. **Timke** (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden heute einen neuen Senat wählen, und lassen Sie mich eingangs sagen, dass ich es überaus positiv finde, dass man diesen Wahlen eine Debatte vorausschickt, um die verschiedenen Positionen, die es hier in diesem Haus zum Personalvorschlag der rot-grünen Landesregierung gibt, deutlich zu machen. Ein Blick in die Plenarprotokolle anderer Landtage zeigt nämlich, dass das nicht selbstverständlich ist, denn in einigen Landtagen werden Ministerpräsident und Kabinett teilweise ohne vorherige Debatte gewählt. Da mir als Einzelabgeordnetem nach der Geschäftsordnung nur fünf Minuten Redezeit zur Verfügung stehen,

(B) (Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine ist um!)

werde ich meine Ausführungen leider auf das Wesentliche beschränken müssen.

Meine Damen und Herren, das Innenressort soll nach dem Willen von Rot-Grün wieder in die Hände von Senator Mäurer gelegt werden.

(Abg. **P o h l m a n n** [SPD]: Und das ist auch gut so!)

Dazu kommen wir gleich, ob das gut ist! Ein Blick in den 140 Seiten starken Koalitionsvertrag macht deutlich, welche schwierigen Aufgaben dieses Ressort in den nächsten vier Jahren zu bewerkstelligen hat. Im Koalitionsvertrag ist von der Bekämpfung der organisierten Kriminalität die Rede, an der ethnische Clans und Rockergruppen in Bremen maßgeblich beteiligt sind. An anderer Stelle will man auch konsequenter als bisher gegen ausbeuterische Prostitution und Menschenhandel vorgehen und den Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution helfen. Das sind sicherlich alles Vereinbarungen, meine Damen und Herren, die nicht nur von den Regierungsfractionen, sondern auch von allen hier in der Bürgerschaft vertretenen Oppositionsgruppen getragen werden.

Die entscheidende Frage ist allerdings, wie Innenminister Mäurer diese hehren Ziele eigentlich umset-

zen will, denn dazu braucht er mehr Personal, gerade in den Dezernaten, die in der Vergangenheit personell ausgedünnt wurden. Nun ist die Polizei aber laut Koalitionsvertrag nicht mehr von Personaleinsparungen befreit, die vorerst durch die Verlängerung von Lebensarbeitszeit und die Senkung der Personalkosten für Ausbildung, Vergütung und Versorgung erbracht werden sollen. Ob es aber letztendlich nicht auch zu Personaleinsparungen kommt, bleibt abzuwarten, zu befürchten ist es zumindest. Sie können sicher sein, Herr Senator Mäurer, dass ich diesen Punkt besonders im Auge behalten und mich in Anfragen und Anträgen auch zukünftig zur Personalsituation bei der Polizei zu Wort melden werde.

Meine Damen und Herren, im neuen Senat wird es auch zwei neue Gesichter geben. Das betrifft zum einen das Bau- und Umweltressort, zum anderen das Sozialressort. Nachdem sich der scheidende Bau- und Umweltsenator Dr. Loske noch einmal für die Bürgerschaft hat aufstellen lassen und immerhin 7 800 Personenstimmen erzielt hat, zog er dann kurz nach der Wahl – ich glaube, es war drei Tage später – die Notbremse und teilte überraschend mit, nicht mehr für den neuen rot-grünen Senat zur Verfügung zu stehen. Ich finde, das ist ein sehr seltsamer Vorgang. Der Wähler, der einer bestimmten Partei oder nach dem neuen Wahlrecht auch einer bestimmten Person hier das Vertrauen am Wahltag durch die Kreuze an der richtigen Stelle ausgesprochen hat, kann zu Recht erwarten, dass der gewählte Bewerber dann dieses Amt auch annimmt. Nach diesem unrühmlichen Abgang soll nun der parteilose Kasseler Baudezernent Dr. Lohse das Amt des Bau- und Umweltsenators

(Abg. **Frau Dr. S c h a e f e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist doch gar nicht parteilos!)

in Bremen annehmen. Es bleibt zu hoffen, dass Herr Dr. Lohse ein dickeres Fell hat als sein Amtsvorgänger, wenn es darum geht, kritische Presseberichterstattungen anlässlich seiner Amtsführung zu verdauen.

Meine Damen und Herren, es gab auch, ich hatte es soeben angesprochen, im Sozialressort eine personelle Veränderung: Frau Stahmann wird Frau Rosenkötter als zuständige Senatorin ablösen, die in den vergangenen vier Jahren in ihrem Amt oftmals überfordert schien. Ob es an der Größe der Behörde lag oder am mangelnden Willen, Probleme persönlich und zügig zu lösen, will ich hier gar nicht bewerten. Mit Frau Stahmann wird dieses Ressort sicherlich einen neuen Anstrich bekommen, auch wenn Frau Stahmann und ich politisch gesehen Lichtjahre voneinander entfernt liegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank!)

(C)

(D)

(A) So habe ich sie in der Bildungsdeputation immer als sehr sachbezogen und engagiert erlebt, und ich hoffe, dass sie dieses Engagement auch in ihrem neuen Amt an den Tag legt. Interessant ist übrigens – es wurde schon von Herrn Röwekamp angesprochen –, dass hinter dem Ressort Soziales zum ersten Mal seit Jahrzehnten kein Sozialdemokrat mehr stehen wird. Mit dem Verzicht auf politische Gestaltung von Sozialpolitik verliert die SPD ihre Kernkompetenz, und man kann wirklich gespannt sein, wie sich das auf die Senatsarbeit auswirken wird.

Meine Damen und Herren, gutes Regieren geht nur mit guten und soliden Finanzen. In diesem Bereich hat sich der alte Senat in den vergangenen vier Jahren nun wirklich nicht mit Ruhm bekleckert. Die Verschuldung ist auf astronomische 18 Milliarden Euro gestiegen, und allein für diesen Betrag müssen wir täglich Zinsen in Höhe von 1,9 Millionen Euro bezahlen. Angesichts der Schuldenbremse und der daraus resultierenden Verpflichtung, ab dem Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, bin ich deshalb höchst gespannt, welche Lösungsansätze der neue Senat in dieser Legislaturperiode vorlegen wird, um die Staatsfinanzen zu sanieren. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

(B) Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man der Debatte folgt, fühlt man sich an zwei große Klassiker des Kulturgedanken erinnert: an „Im Westen nichts Neues“ und an „Täglich grüßt das Murmeltier“. Wir erleben die wiederholte Aufführung der haushaltspolitischen Darstellung zwischen der CDU und der LINKEN. Das läuft wie folgt: Rot-Grün legt eine realistische Haushaltspolitik vor, dann kommt DIE LINKE und sagt, ihr macht dieses Gemeinwesen kaputt, dann kommt die CDU und sagt, ihr spart gar nicht genug, und dann kommen die Hilfstruppen der CDU und sagen, aber in unserem Bereich dürft ihr jetzt leider nicht sparen. Lassen Sie mich eines sagen: Irgendwann ist die Duldsamkeit einer Regierung auch zu Ende, sich diese blamable Darstellungsmöglichkeit der Opposition anhören zu müssen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Herr Röwekamp, Sie sagen, wir tun nichts für die Haushaltskonsolidierung, und dann sagen Sie gleichzeitig, in den Bereichen Inneres und Bildung darf nicht gespart werden. Wenn Sie sich die Zahlen ansehen, dann müssen Sie schlicht und ergreifend feststellen: Wir werden den Haushalt nur dann einigermaßen im Konsolidierungspfad halten können, wenn wir in den nächsten vier Jahren Stellen im Umfang von 800 einsparen. Dazu liegt ein klarer Plan vor, wie wir das tun werden. Leider – ich betone leider! – wird es auch

den Bereich Bildung treffen müssen, und es wird den Bereich Inneres treffen müssen. Allerdings wird es sie so treffen, dass in den beiden Bereichen nicht an dem Produkt innere Sicherheit oder dem Produkt Bildung gespart werden wird.

(Unruhe bei der CDU)

Darauf sind wir übrigens stolz, dass wir eine solche Sache vorlegen können.

Herr Röwekamp, Sie haben gesagt, es fehlt ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft muss ein Demokrat in Deutschland nicht abgeben, das folgt, das wissen Sie genau, aus Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes. Sie können auch sagen, wir müssen Bekenntnisse zum sozialen Rechtsstaat und zur bundesrechtlichen Ordnung abgeben, auch das alles tun wir, aber Sie haben damit ja versucht zu kritisieren, dass wir wirtschaftspolitisch nichts auf der Pfanne haben. Ich habe mich noch einmal kurz kundig gemacht, Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, Herr Kastendiek, hat sich in der letzten Deputationssitzung ausführlich darüber beklagt, dass unser Senator immer nur Konzepte vorlegt. Es ging in der Sitzung um das Wirtschaftskonzept, das Tourismuskonzept, das Innovationskonzept und den Masterplan Industrie. Das Ergebnis sozialdemokratischer und grüner Wirtschaftspolitik der letzten vier Jahre ist, dass die Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Jobs in Bremen um 13 000 gestiegen ist. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn die CDU jetzt anfängt, so zu tun, als wäre sie die Partei der inneren Sicherheit, dann kann man den Rückgriff auf Ihre Amtszeit machen. Das will ich gar nicht tun, sondern ich will realistisch an das anknüpfen, was wir in den letzten vier Jahren gemacht haben. Es geistert hier immer durch die Gegend, dass gegen die ethnisch abgeschotteten Clans in Bremen nichts getan wird. Wenn Sie sich die Statistiken ansehen, dann werden Sie feststellen, dass seit der Einführung der Informationsstelle ethnische Clans und seit Einführung des Intensivtäterkonzepts die Kriminalitätsrate, die diesen ethnischen Gruppen zuzuordnen ist, um 25 Prozent gesunken ist. Wenn das kein politischer Erfolg ist, weiß ich nicht, was man als politischen Erfolg in der inneren Sicherheit ausweisen kann!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn Sie sich das ansehen, aber es ist ja manchmal mühselig, sich tatsächlich mit der Faktenlage auseinanderzusetzen, da ist ja allgemeine Gesellschaftskritik leichter, da kann man sich ja hinstellen –. Da muss man sich doch irgendetwas überlegen. Wir fahren

(C)

(D)

(A) seit vier Jahren das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“. Dieses Handlungskonzept ist verbesserungsbedürftig, aber wenn Sie sich die Zahlen anschauen, stellen Sie fest, dass die Jugendkriminalität in Bremen deutlich gesunken ist. Wenn das kein Erfolg ist, dann weiß ich es auch nicht! Dann kann man sich natürlich hinstellen und sagen: Ihr habt etwas gegen ethnische Clans getan, ihr habt etwas gegen Jugendkriminalität getan, aber die Drogenkriminalität habt ihr nicht so in den Griff bekommen, deshalb seid ihr Versager in der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Wenn ich mit diesen Kriterien die vier Jahre des Innensensors Röwekamp bewerten wollte, dann würde die Bilanz verheerend ausfallen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Lassen Sie mich eines abschließend zum Thema Haushaltskonsolidierung sagen: Das wird ein langer, mühseliger Prozess. Der wird den beiden Regierungsparteien nicht einfach fallen, weil wir zu den Leuten gehen und sagen müssen, was geht und was nicht mehr geht. Die Opposition ist in der glücklichen Rolle, das zu spielen, was sie hier im Parlament immer spielt, nämlich zu sagen: Ihr müsst es irgendwie hinbekommen, aber die Details fallen eigentlich nicht in unseren Bereich, nicht bei Sport, nicht bei den Beamten.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Besser machen!)

(B) Herr Hinners, Ihre Rede zum Thema Beamtenversorgung könnte ich jetzt schon schreiben, die habe ich dreimal gehört! Da muss man einfach sagen, wir haben die Verantwortung, die nächsten vier Jahre zu steuern. Ich bitte Sie als Opposition aber ein Stück weit um Fairness, dass Sie in Ihrer Kritik logisch stringent vorgehen und nicht immer wechseln und auf der einen Seite sagen sparen, und auf der anderen Seite sagen, auf keinen Fall bei uns sparen. Logik erleichtert auch Oppositionsarbeit, kleiner Hinweis!

Einen letzten Hinweis gestatte ich mir zum Thema „das Sozialressort ist nicht mehr bei der SPD“. Das ist richtig. Ich glaube aber, dass das Entscheidende nicht die personelle Besetzung ist, sondern das Entscheidende ist das, was wir programmatisch vereinbart haben, und das ist ein ganz klares Profil, das eine soziale

(Glocke)

und auch eine sozialdemokratische Profilierung dieses Ressorts ermöglicht.

Mein letzter Hinweis: Das letzte Mal, dass die SPD nicht das Sozialressort innegehabt hat, war, als die CDU es hatte, von 1957 bis 1961. Danach hat die SPD mit 54 Prozent die absolute Mehrheit errungen, Herr Röwekamp! – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dann wissen wir ja ungefähr, was uns blüht in vier Jahren! Danke für diesen Hinweis!

(Heiterkeit)

Wenn man sich das Wahlergebnis anschaut, und wenn man es, wie ich es vorhin getan habe, so interpretiert, wie man es eigentlich interpretieren muss, dann sind diese beiden Oppositionsreden im Grunde genommen nur eine Bestätigung dessen, was wir bei der Wahl erlebt haben. So könnte man ja, wenn es so bleibt, fast die Voraussage wagen, dass das in vier Jahren auch nicht besser wird. Ich versuche, mir die ganze Zeit vorzustellen, was Sie eigentlich hier vorgetragen haben. Keinen einzigen Punkt, der in den nächsten vier Jahren bearbeitet werden soll, weil Sie ihn auf die Tagesordnung setzen und dieser Senat es umsetzt! Keinen einzigen Punkt in zwei Reden von jeweils 15 Minuten, so kann Oppositionsarbeit eigentlich nicht aussehen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D) Herr Röwekamp, wenn Sie sagen, wir profitieren von der Vorgängerregierung, und sich da vor allem selbst meinen, dann ist natürlich die Wahrheit, dass wir in der letzten Legislaturperiode viele Erblasten aufgearbeitet und erst einmal ganz viel Zeit damit zugebracht haben, Dinge zu korrigieren, geradezurücken, Dinge, an denen der Zug im Rest der Republik schon längst vorbeigegangen war, wie die gesellschaftliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben und viele andere Sachen! Wir waren ja erst einmal jahrelang damit beschäftigt, aufzuholen und aufzuarbeiten, und wenn jetzt Ihre dramatische Reduktion der Polizeipersonalstellen etwas sein soll, wovon wir profitieren, dann vielen Dank! Darunter leiden wir heute noch, was Sie damals als Innensensor angeordnet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ich finde auch, dass der Hinweis auf gestiegene Kriminalität, wenn man die Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS, sieht, die man ja nun wirklich nachlesen kann, das Gegenteil ausdrückt. Ich finde, dass es ein Ausweis von kompletter Hilflosigkeit ist, über Zahlen zu reden, die so gar nicht stimmen, sondern die sich genau in die andere Richtung entwickelt haben. Man kann ja über die Gründe reden.

(Unruhe bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Herr Röwekamp, wenn Sie gesagt hätten, die Zahlen für die Jugendkriminalität sind zurückgegangen, aber daran ist immer nicht nur eine Regierung schuld, sondern da gibt es auch andere Faktoren, die dazu beigetragen haben, dann wäre ich bei Ihnen gewesen. Dass Sie aber einfach die Zahlen falsch herum hier ins Haus hinein verkünden, da kann ich ehrlich gesagt überhaupt nichts von dem nachvollziehen, was Sie da gesagt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Da wir gerade bei „überhaupt nicht nachvollziehen können“ sind! Ich verstehe es nicht! Wenn man die Lebensarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten, die zum Beispiel hervorragend versorgt sind, die bis ins Grab rundum versorgt sind in unserem schönen Land, als etwas beschreibt, wie es DIE LINKE immer tut, als Kaputtsparen, als Ruinieren, als Zugrundegehen des Staates, wenn man vielleicht auch, wie alle anderen Menschen, die ihre Krankenversicherung zahlen, einen kleinen Beitrag zur freien Heilfürsorge leisten muss und all diese Dinge: Was ist das für eine Vorstellung von linker Politik?

(B) Ich habe auch eine Vorstellung von linker Politik, aber eines ist sie nie gewesen: dass, wenn Beamte demnächst vielleicht fünf Euro pro Rezept bei der freien Heilfürsorge dazuzahlen, ich dann sage, das ist der soziale Ruin von Bremen und das ist die Verstärkung von Armut. Das sind doch Bereiche, das sind doch Menschen, die in unserem Staatswesen am meisten abgesichert sind. Das tut weh. Das tut auch denen weh, weil sie auch eine Planung in ihrem Leben machen, die natürlich von Steigerungen ausgeht und nicht von Verzicht. Da aber zu sagen, wie Sie es in Ihrer Broschüre in der letzten Legislaturperiode getan haben, zehn Hungerjahre kommen auf Bremen zu – -. Wenn man das mit dem vergleicht, was im Koalitionsvertrag wirklich steht, dann sind Sie abgrundtief davon entfernt, auch nur eine annähernde Vorstellung von diesen beiden Städten und diesem Land Bremen zu haben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Es geht um die fehlenden Dienstleistungen!)

Wenn Sie sagen, an Ihnen ist eine Bildungssenatorin vorbeigegangen mit Privatschulen für die Bioladenelite – schönes Bonmot! –, dann kann ich nur sagen: Oh, heilige Einfalt, was würden Sie ohne Ihre Vorurteile machen, sehr verehrte Frau Kollegin Vogt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Gipfel – und damit möchte ich es dann doch wirklich bewenden lassen, weil es dann doch zu viel

der Ehre wäre, jetzt noch mehr zu sagen – der sozialen Zuspitzung sozialer Kämpfe, die DIE LINKE hier von außerhalb in dieses Haus, in dieses Parlament getragen hat, ist zu behaupten, dass die soziale Spaltung der Stadt zementiert würde, weil die Arbeits- und Gesundheitsabteilung von einem Ressort in das andere Ressort verlegt worden ist. Das haben Sie hier vorhin getan. Wenn Sie nicht mehr zu bieten haben für die armen Menschen und für die sozial Benachteiligten in dieser Stadt, dann wird es mit Ihnen so weitergehen wie beim letzten Mal. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unglücklicherweise ist es so, dass wir die Debatte, ist der Sanierungskurs für Bremen ein Weg, den man gehen kann, ist er ein Weg, der möglicherweise weitgehend unbeschadet für soziale Gerechtigkeit oder für öffentliche Daseinsvorsorge ist, regelmäßig führen werden. Sie werden sie die nächsten vier Jahre führen, und es ist auch notwendig, sie zu führen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie denn vor? Sagen Sie doch einmal, was Sie vorschlagen!)

(D)

Wir haben sie in den letzten vier Jahren genau mit den Argumenten geführt, mit denen wir sie weiter führen werden, nämlich, dass man fiskalische Sanierung machen kann. Man darf aber soziale Schulden in diesem Land nicht aus den Augen verlieren.

Wir dürfen die soziale Situation nicht aus den Augen verlieren, wir dürfen die Situation der Sanierungstaus bei Straßen und bei öffentlichen Gebäuden nicht aus den Augen verlieren, das muss man immer wieder, wie man neudeutsch sagt, evaluieren. Genau das werden wir wie in der Vergangenheit auch tun. Wir werden nicht pauschal sagen, die soziale Gerechtigkeit ist gefährdet. An dieser Stelle ist es aber richtig, das so zu sagen. Wir werden aber in Zukunft genau das machen, was wir in den letzten vier Jahren auch gemacht haben: Wir werden zu jeder Haushaltsverhandlung genau auflisten, was eigentlich getan werden müsste, wie viel Geld man dafür bräuchte und, wenn es nicht getan wird, welche sozialen Schulden aufgeführt werden. Das werden wir im Detail machen,

(Abg. Frau Hoch [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nein!)

nachvollziehbar und überprüfbar, nicht pauschaliert, sondern mit ganz klaren, wachen Augen, und wir wer-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) den immer wieder exakt aufrechnen, welches die Folgen sind.

Wir sagen es auch noch einmal: Wenn man sich in einen selbst gewählten Zwang begibt und jetzt auch noch die Schuldenbremse oder das Neuverschuldungsverbot in die Verfassung aufnimmt, dann haben wir eine Situation, in der wir eine Verfassung haben, in der sich unterschiedliche Artikel widersprechen, weil der eine Artikel die Umsetzung der anderen verhindert. Das ist eine Verfassungsrealität – dieser Widerspruch ist nicht meine Erfindung –, es ist eine Erkenntnis von vielen Verfassungsrechtlern, dass man sich da in eine verfassungsrechtlich ausgesprochen komplizierte Situation begibt. Die einzige logische Konsequenz ist, dass man auf Bundesebene für gerechte Steuern wirbt, und das ist das, was auf der Tagesordnung steht.

Wir haben 2013 Bundestagswahlen, und wenn man heute sagt, es ist kein Problem, wir werden das hier schon hinbekommen, und die Konsolidierung ist der einzige Weg, dann weicht man ein Stück weit zurück, statt zu sagen: Wenn man ein demokratisches Gemeinwesen und soziale Marktwirtschaft in diesem Land haben will, wenn man soziale Gerechtigkeit haben will, dann kann man ein 20 Jahre langes Kürzen nicht verantworten, sondern dann muss man andere Steuern haben, um damit in die Bundestagswahl zu gehen. Dann bin ich einmal gespannt – wenn es dann 2013 eine rot-grüne Bundesregierung gibt –, ob sie das macht, was Herr Schröder und Herr Fischer seinerzeit gemacht haben: Senkt sie erst einmal die Steuern, oder hat sie den Mut und das Rückgrat zu sagen, für ein soziales Gemeinwesen bräuchte man gerechte Steuern? Das ist die Frage, da liegt die Lösung dieses Problems, und nicht in weiteren Kürzungen.

(B)

Vielleicht noch einmal zwei kleine Worte zu der Frage von Jobs! Es stimmt, es ist eine ganze Reihe von sozialversicherungspflichtigen Jobs geschaffen worden. Nach meiner Kenntnis hat sich aber die Bruttolohnsumme nicht wesentlich erhöht, das ist auch ein Kriterium. Wir haben eine Zunahme von Leiharbeit, wir haben eine deutliche Zunahme von prekärer Beschäftigung, und wenn man sagt, wir haben sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschaffen, dann muss man gleichzeitig sagen, dass der Charakter dieser Jobs in vielen Fragen ausgesprochen fragwürdig ist.

Die Geschichte bei den Beamten ist sehr interessant! Ich weiß von Beamtengehältern, die nicht besonders hoch sind. Diese Diskussion, dass sie ja eigentlich abgesichert und begütert sind und so weiter, ist, glaube ich, jetzt schon – wie lange? – 15 Jahre alt, und immer wieder sind sie irgendeine Art von Sparschwein, das man anzapfen kann, weil es ihnen ja immer noch besser als vielen anderen geht.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber soziale Not ist etwas anderes! Vielleicht sind wir uns da einig!)

Das ist eine ziemlich komische Diskussion! Ich finde es ungerecht, wenn Menschen, die in diesem Land hart arbeiten, ständig vorgehalten wird, dass sie einigermaßen abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse haben, weil es anderen schlechter geht, und ihnen dann etwas weggenommen werden soll, weil es ihnen ungefähr so gut geht, wie ich es allen Menschen in diesem Land gönne. Das ist eine schwierige Argumentation, und die weise ich hier zurück!

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht sollten Sie irgendwann einmal schauen: Was nehmen wir denn noch weg? Fünf Euro für die Krankenversicherung, ein halbes Weihnachtsgeld, ein halbes Urlaubsgeld, vielleicht ein bisschen von den Pensionen! Wo hört es denn auf? Hört es dann auf, wenn es denen so schlecht wie Hartz-IV-Empfängern geht? Das ist die Frage! Diese Argumentation trägt nicht.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber soziale Not ist etwas anderes! Sind wir uns da einig?)

Wir brauchen vernünftig bezahlte Leute im öffentlichen Dienst, vernünftig bezahlte Leute unter den Beamten und vernünftige Jobs in der Wirtschaft. Das ist die Aufgabe, die zu lösen ist, und keine ständige Diskussion: Anderen geht es noch schlechter, deswegen können wir euch etwas wegnehmen! – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, dass DIE LINKE und die CDU zu gemeinsamen Auffassungen in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik kommen werden, das halte ich von Anfang an für relativ unwahrscheinlich. Sie merken ja selbst, wie wir immer stützen, wenn wir von der LINKEN gelobt werden, und das jetzt zum Anlass zu nehmen zu sagen, die Opposition ist zerstritten, das kann man wirklich nicht –.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das ist nicht ehrlich und nicht fair. Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen die Grünen und die CDU in der Opposition gesessen haben, und da waren wir uns auch nicht ganz grün, Herr Dr. Kuhn. Die Opposition muss sich nicht einig sein. Wer sich hier einig sein muss, ist die Regierung, und das war ja Gegen-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) stand meiner Debatte. Sie hat eine starke Kraft, um auch die notwendigen Entscheidungen für Bremen und Bremerhaven zu treffen.

Ich finde, Herr Tschöpe, Sie haben wieder einmal in bemerkenswerter Weise den Blick zurückgewandt und versucht, Ihre eigenen von mir, wie ich finde, nachvollziehbar geschilderten Defizite im Koalitionsvertrag mit den zwölf Jahren Großer Koalition zu begründen. Erstens ist es deswegen unredlich, weil Sie selbst dabei waren, wir haben ja nicht zwölf Jahre eine CDU-Alleinregierung hinter uns, weil es dem Land dann sicherlich besser gehen würde, als es heute der Fall ist. Zweitens ist es auch deswegen unredlich, weil Sie nicht jahrelang davon zehren können, dass Sie behaupten, wir müssten immer noch etwas beheben, was acht Jahre her ist. Das haben Sie die ganze letzte Legislaturperiode schon getan, und ich sage, wer regiert, muss den Mut und die Kraft haben, eigene Entscheidungen zu treffen, eigene Fehler zu machen und die eigene Verantwortung auch zu übernehmen und nicht immer darauf schießen, dass andere schuld sind, und das machen Sie ununterbrochen!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d -
n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir!)

(B) Ich will noch einmal sagen, dass in den zwölf Jahren der Großen Koalition so viel an Stellen im öffentlichen Dienst, an Ausgaben für Beschäftigung gespart worden ist, dass so viel im öffentlichen Haushalt gespart worden ist wie nie zuvor.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Diese zwölf Jahre haben Bremen einen riesigen Schritt weitergebracht, und jetzt zu sagen, dass am Ende dieses Prozesses ausgerechnet die CDU die Partei ist, die nicht sparen kann, finde ich unredlich. Als die CDU die Finanzsenatoren gestellt hat, haben wir nachhaltig in Bremen und Bremerhaven gespart, wir haben die Kosten gesenkt, und das ist ein Erfolg, an dem sich diese Koalition erst noch messen lassen muss, sehr geehrter Herr Tschöpe!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r .
G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich will an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass es auch ein bisschen scheinheilig ist zu sagen, von uns kämen keine Sparvorschläge. Wir haben Ihnen in der letzten Legislaturperiode sehr detailliert, teilweise auch symbolgebend Sparvorschläge unterbreitet und Ihnen angeboten zu sparen; nicht nur bei Privatisierung, auch bei der Frage der Vergütung im öffentlichen Dienst, bis hin zu der Frage, wie wir uns eigentlich in Zukunft nach den Jahren der Investitionen im Bereich der Wissenschaft dort vielleicht auf

unsere Schwerpunkte konzentrieren und dadurch sparen können. (C)

Ich gebe zu, wir haben nicht fünf, nicht sieben und nicht acht Prozent vorgeschlagen, sondern wir haben Vorschläge gemacht, wie man in Bremen und Bremerhaven strukturell sparen kann, weil wir sagen, über Jahre ist in Bremen und Bremerhaven mit dem Rasenmäher gespart worden. Es gibt Teilbereiche des öffentlichen Dienstes, die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind, und Sie vermitteln immer noch den Eindruck, als ob man das gleiche Angebot staatlicher Leistungen mit immer weniger Personal erbringen kann. Das geht eben nicht, und deswegen habe ich gesagt, wenn man bei der Polizei Stellen abbaut, dann gehört zur Ehrlichkeit dazu, den Menschen zu sagen, dass darunter die Arbeit leiden wird, und dann erwarte ich, dass auch ein Innensenator sagt, in welchen Bereichen es Auswirkungen haben wird und welche Leistungen wir in Zukunft nicht mehr erbringen können. Dazu gibt der Koalitionsvertrag keine Antwort. Das ist es, was ich kritisiere. Das ist unredlich und unehrlich!

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für die Bildung. Man kann nicht im Bildungskonsens sagen, wir wollen die demografische Rendite abschöpfen, um in der Schule besser differenzieren zu können nach Leistungen, nach Befähigung, und zu individualisieren. Man kann auch nicht sagen, wir wollen die riesige Aufgabe der Inklusion, die wir uns vorgenommen haben, bewältigen, und das alles soll, Herr Tschöpe, mit weniger Geld gehen? Dann sagen Sie den Menschen ehrlich, und zwar hätten Sie es vor der Wahl sagen können: Wir können uns eben nicht mehr alles leisten, was wir uns geleistet haben. Wir haben als CDU – sicherlich auch, weil wir den Menschen gesagt haben, dass es nicht mehr so weitergehen wird – nicht so ein profitables Wahlergebnis gehabt wie Sie. (D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das ist eine sehr wohlwollende Interpretation!)

Nach acht Jahren aber, das sage ich voraus, wird sich zeigen, ob Sie vor der nächsten Wahl wieder sagen werden, wir werden sparen, ohne dass es jemand merkt. Meine Damen und Herren, es geht nicht: Wenn man sparen will, dann muss man den Mut haben, es zu sagen, dann muss man die Kraft haben, es umzusetzen, und dann muss man am Ende auch bereit sein, Widerstand zu überwinden. Den haben Sie in den letzten vier Jahren nicht gehabt, und so, wie Sie sich heute geriert haben, werden Sie diesen in den nächsten vier Jahren auch nicht haben, obwohl Sie eine breite parlamentarische Mehrheit haben, und das finde ich enttäuschend.

(Beifall bei der CDU)

(A) Ich will an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass der ganze Koalitionsvertrag, den ich vorhin ja, wie ich finde, sehr ausgewogen bewertet habe – – Herr Dr. Güldner nickt. Ich habe gesagt, darin steht auch viel Richtiges, aber es ist doch Aufgabe der Opposition, auch darauf hinzuweisen, wo aus unserer Sicht Schwachstellen sind und was wir anders machen wollen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür sind Sie da!)

Ich sage ganz ehrlich: Ich finde, dass in einem Koalitionsvertrag, der zwischen den gleichen Partnern ausgehandelt wird, die schon vier Jahre lang gemeinsam regiert haben, fast 100 Prüfaufträge enthalten sind, ist ein Armutszeugnis für die Leistung der abgelaufenen Legislaturperiode.

(Beifall bei der CDU)

Geprüft haben Sie in der abgelaufenen Legislaturperiode wirklich genug!

Das ist übrigens auch an der angeblich so konzeptionellen Arbeit Ihres Wirtschaftssenators deutlich geworden. Ich meine, in der letzten Sitzung der Deputation vier Konzepte vorzulegen, die alle im Wesentlichen aus Zustandsbeschreibungen bestehen und nicht eine einzige Handlungsempfehlung, geschweige denn eine Finanzierung einer Handlungsempfehlung beinhalten, nun als schwere konzeptionelle Leistung zu beschreiben, dazu muss ich sagen: Chapeau, dazu gehört schon ein gewisses Maß an politischer Demagogie. Wir werden das nicht durchgehen lassen. Es gibt nichts und null konzeptionelle Ideen, wie in Bremen Wachstum und Beschäftigung durch die neue Regierung erzeugt werden kann. Wir sind gespannt auf das, was kommt. Bisher haben Sie nichts und null vorgelegt, das ist die Realität, Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in der nächsten Woche sicherlich die Möglichkeit haben, zu allen anderen Politikbereichen auch noch etwas zu sagen. Ich bleibe dabei, was ich am Anfang gesagt habe: Vor Bremen und uns insgesamt als Parlament liegen gewichtige Aufgaben, und natürlich ist es so, dass eine Koalition, die mit so breiter Mehrheit hier im Parlament sitzt, die Hauptlast der Verantwortung trägt. An dieser Hauptlast werden wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion Sie messen, ich glaube übrigens, nicht oft gemeinsam mit der LINKEN, das will ich ausdrücklich vorhersagen, aber wir werden sie daran messen. Wir werden aber, ich habe das vorhin gesagt – und zum Bildungskonsens haben Sie gar nichts gesagt, Herr Tschöpe! –, wie in der Vergangenheit auch, da, wo wir konstruktiv mit-helfen können, konstruktiv sein, und da, wo es er-

forderlich ist, werden wir Sie auch weiter kritisieren, obwohl es mittlerweile schwerfällt, gegen eine solche breite Front hier im Parlament anzureden. Ich glaube aber, auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat genug Mut und Kraft, diese Aufgabe in der Opposition wahrzunehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Röwekamp, ich glaube, man muss noch einmal drei Dinge klarstellen, die Sie hier behauptet haben: Im Bereich Inneres ist es nicht so, dass die Polizei kleiner werden würde. Die Polizei – das haben wir völlig klar vereinbart – bleibt so groß, wie sie jetzt ist. Das steht dort darin. Allerdings – und das ist für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei und für uns, die das entscheiden mussten, auch eine bittere Pille – wird die besondere Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre angehoben. Das führt in der Tat dazu, dass wir weniger Polizeianwärter einstellen werden.

(Zuruf von der CDU: Das hätten Sie einmal vor der Wahl sagen können!)

Im Ergebnis wird aber die Anzahl der Polizisten, die für Bremen tätig sind, gleich bleiben. Wenn sich hier jemand hinstellt und sagt, wir sparen bei der Polizei Stellen ein, dann hat er ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch einmal eines zum Thema Bildung sagen! Natürlich ist es so, dass wir das Ziel haben, die Qualitätsverbesserungen im Wesentlichen aus der demografischen Rendite zu finanzieren, und wenn Sie sich mit den anliegenden Excel-Tabellen dieses Koalitionsvertrags beschäftigt hätten, dann würden Sie auch sehen, dass genau das passiert. Allerdings ist es erforderlich, dass auch in dem Bereich ein Sparbeitrag geleistet wird. Der wird erbracht, aber trotzdem wird die sich verbessernde Schüler-Lehrer-Relation dazu genutzt werden, dass das Bremer Bildungssystem ein besseres wird, aber trotzdem werden in diesem Bereich jedes Jahr finanziell 1,2 Prozent aus dem Personalhaushalt herausgespart.

Lassen Sie mich eine letzte Sache sagen, weil es mich wirklich ärgert! Sie stellen sich hin, fordern ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, reden von leeren Schubladen, keiner wirtschaftspolitischen Konzeption, und als wäre dann nichts passiert, drehen Sie 20 Minuten später den Kreis und sagen, in der letzten Deputationssitzung habe es fünf Konzepte gegeben, aber das wären nur Konzepte, und da fehlten

(C)

(D)

(A) die Handlungsanweisungen. Ich könnte Sie fragen, was jetzt richtig ist, das wäre eine demagogische Frage, weil ich ja weiß, dass es diese Konzepte gegeben hat. Sie müssen sich schon überlegen, was und warum Sie uns eigentlich kritisieren wollen! Wollen Sie uns kritisieren, weil wir Konzepte haben,

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das waren ja keine Konzepte!)

oder wollen Sie uns kritisieren, weil wir keinen Erfolg haben? Beides ist nicht eingetreten. Ich sage einmal: Sie haben in der Opposition ein anderes Problem. Sie haben nicht das Problem, dass Sie ausgesprochen wenige sind, sondern Sie haben das Problem, dass Sie keine Ideen haben. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Wahl.

(B) Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 1 der Landesverfassung werden die Senatsmitglieder mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir auch hier geheime Wahl in Wahlkabinen vornehmen. Sie haben die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an den Tischen rechts neben den Wahlkabinen.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Frau Ulrike Hiller, Frau Manuela Mahnke und Frau Dr. Zarah Mohammadzadeh, an der Ausgabe der Stimmzettel an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Wir kommen zum Wahlgang.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Ich sehe, das ist offenbar der Fall.

Der Wahlgang ist damit beendet.

Dann können wir mit der Auszählung der abgegebenen Stimmen beginnen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

(C) Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für zehn Minuten, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.44 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.54 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Wir wollen zunächst den gesamten Senat wählen und nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für Herrn Böhrnsen nicht unterbrechen. Nach der Verteidigung des gesamten Senats besteht die Möglichkeit und Gelegenheit zur Gratulation.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Senats bekannt: Auf Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen entfielen 57 Jastimmen, 25 Neinstimmen und eine Enthaltung.

Ich stelle fest, dass Herr Bürgermeister Jens Böhrnsen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat und damit als Präsident des Senats gewählt ist.

(Beifall)

(D) Ich frage Herrn Bürgermeister Böhrnsen: Herr Böhrnsen, nehmen Sie die Wahl an?

(Bürgermeister B ö h r n s e n: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir kommen nun zu den weiteren Wahlen, und zwar

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats.

Es sind folgende Vorschläge für die Wahl in den Senat gemacht worden: von der SPD-Fraktion Herr Martin Günthner, Frau Renate Jürgens-Pieper, Herr Ulrich Mäurer, und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Karoline Linnert, Herr Dr. Joachim Lohse, Frau Anja Stahmann.

Die Wahlvorschläge liegen den Abgeordneten auch schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

(A) Für eine Wahl in den Senat ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich möchte Sie noch auf Folgendes hinweisen: Da hier in einem Wahlgang mehrere Personen gewählt werden, ist gemäß Paragraf 58 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung ein Stimmzettel ungültig, wenn ein Kreuz fehlt. Für eine gültige Stimmabgabe sind daher sämtliche Wahlvorschläge entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist. Dann können wir die Wahl durchführen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen Frau Ulrike Hiller, Frau Manuela Mahnke und Frau Dr. Zarah Mohammadzadeh, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich komme nun zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordneten einen Stimmzettel abgegeben?

Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten einen Stimmzettel abgegeben haben.

Der Wahlgang ist abgeschlossen.

(B) Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für circa 15 Minuten, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.13 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.38 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich gebe jetzt das Wahlergebnis bekannt, wie es von den Schriftführerinnen festgestellt wurde.

Ausgegebene Stimmzettel 83, abgegebene Stimmzettel 83.

Auf Herrn Martin Günthner entfielen 55 Jastimmen, 27 Neinstimmen, eine Enthaltung, auf Frau Renate Jürgens-Pieper entfielen 52 Jastimmen, 30 Neinstimmen, eine Enthaltung, auf Frau Karoline Linnert entfielen 55 Jastimmen, 27 Neinstimmen, eine Enthaltung, auf Herrn Dr. Joachim Lohse entfielen 55 Jastimmen, 27 Neinstimmen, eine Enthaltung, auf Herrn

Ulrich Mäurer entfielen 56 Jastimmen, 27 Neinstimmen, auf Frau Anja Stahmann entfielen 63 Jastimmen, 19 Neinstimmen, eine Enthaltung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr geehrten Damen, damit stelle ich fest, dass alle, die kandidiert haben, gewählt worden sind.

Ich frage jetzt die in den Senat Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Ich frage in alphabetischer Reihenfolge.

Ich frage Sie, Herr Günthner: Nehmen Sie die Wahl an?

(Senator G ü n t h n e r : Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Frau Jürgens-Pieper: Nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin J ü r g e n s - P i e p e r : Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Frau Linnert: Nehmen Sie die Wahl an?

(Bürgermeisterin L i n n e r t : Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Herr Dr. Lohse: Nehmen Sie die Wahl an?

(Herr D r . L o h s e : Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Herr Mäurer: Nehmen Sie die Wahl an?

(Senator M ä u r e r : Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Herr Frau Stahmann: Nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! – Beifall)

Vereidigung des Senats

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Vereidigung des Senats.

Ich werde die Eidesformel für alle vorsprechen und Sie einzeln aufrufen, den Eid zu leisten.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, in der Reihenfolge des Namensaufrufs zu mir zum Präsidium zu kommen und den Eid zu leisten!

(C)

(D)

- (A) Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“
- Ich bitte, den Eid zu leisten, und zwar entweder mit der Formel „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“!
- Ich rufe jetzt auf Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen!
- (Bürgermeister B ö h r n s e n : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Herr Bürgermeister, ganz herzlichen Glückwunsch und alles Gute!
- Ich rufe nun auf Herrn Martin Günthner!
- (Senator G ü n t h n e r : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Herr Senator, alles Gute und viel Erfolg!
- Ich rufe nun auf Frau Renate Jürgens-Pieper!
- (Senatorin J ü r g e n s - P i e p e r : Das schwöre ich!)
- Frau Senatorin, alles Gute und viel Glück und Erfolg!
- (B) Ich rufe nun auf Frau Karoline Linnert!
- (Senatorin L i n n e r t : Das schwöre ich!)
- Frau Linnert, auch Ihnen viel Erfolg!
- Ich rufe nun auf Herrn Dr. Joachim Lohse!
- (Senator D r . L o h s e : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Herr Senator, alles Gute in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven!
- Ich rufe nun auf Herrn Ulrich Mäurer!
- (Senator M ä u r e r : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Herr Senator, auch Ihnen alles erdenklich Gute!
- Ich rufe auf Frau Anja Stahmann!
- (Senatorin S t a h m a n n : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Frau Senatorin, alles Gute und Glückwünsche zu dem tollen Ergebnis!
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vereidigung ist beendet. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen!
- Meine Damen und Herren, den von uns heute gewählten und soeben vereidigten Mitgliedern des Senats spreche ich die Glückwünsche der Bremischen Bürgerschaft aus. Ich wünsche dem Präsidenten des Senats und den Senatorinnen und Senatoren für die kommende Legislaturperiode eine erfolgreiche Tätigkeit für unsere Freie Hansestadt Bremen.
- Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, beginnen die Gratulationen.
- (Beifall)
- (Unterbrechung der Sitzung 12.38 Uhr)
- ★
- Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 13.01 Uhr.
- Präsident Weber:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung Bürgerschaft (Landtag).
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Senat ist jetzt ins Rathaus gegangen und macht die Geschäftsverteilung, und wir – so ist es interfraktionell vereinbart – begeben uns zur alltäglichen Arbeit.
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen Folgendes mitteilen: „An den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Christian Weber! Sehr geehrter Herr Präsident, ich mache von meinem Recht zum Eintritt in die Bürgerschaft entsprechend Artikel 108 Absatz 2 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen keinen Gebrauch. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Reinhard Loske, Senator.“
- Es gibt ein zweites Schreiben, dessen Inhalt ich Ihnen gern mitteilen möchte, an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft. „Mandatsverzicht. Sehr geehrter Herr Präsident, ich erkläre, dass ich auf das für die 18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft erworbene und angenommene Mandat verzichte. Mit freundlichen Grüßen, Horst Frehe.“
- (D)
- Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Deputationen**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Juni 2011
Drucksache 18/2
1. Lesung
- Wir verbinden hiermit:
- Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Deputationen**
- Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 29. Juni 2011
Drucksache 18/5
1. Lesung
2. Lesung
- Wir kommen zur ersten Lesung.

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Wir haben in Anlehnung an unseren Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung bezüglich der Einbeziehung der Menschen in die Ausschüsse, die nicht Mitglied der Bürgerschaft sind, einen ähnlichen Entwurf für die Frage der Deputationen verfasst. Aus zwei Gründen ziehen wir diesen Antrag jetzt zurück: Er passt formal nicht mehr, wir haben jetzt einen neuen Gesetzentwurf, und da gibt es keinen Paragraphen 11, also ist es aus formalen Gründen unseres Erachtens nicht mehr notwendig, darüber abzustimmen. Wir werden eine ähnliche Passage zu gegebener Zeit, zugeschnitten auf das neue, wahrscheinlich zu verabschiedende Gesetz über die Deputationen einbringen. Somit brauchen wir über diese Angelegenheiten heute meines Erachtens nicht mehr zu diskutieren.

Inhaltlich halte ich es nach wie vor für richtig, mehr Menschen einzubinden, die nicht Mitglied der Bürgerschaft sind, und ihnen sowohl ein Rede- als auch ein Antragsrecht in Deputationen und Ausschüssen zu geben. Ich teile nicht die Ansicht, dass Betroffene bei Dingen, die sie angehen, nicht mitreden dürfen. Ich teile immer noch die Ansicht, dass Betroffene von Lärm, Straßenbau und so weiter relativ frühzeitig in solche Prozesse einbezogen werden sollen. Dessen ungeachtet werden wir aber einen Versuch unternehmen, diese Dinge noch einmal auf den Punkt zu bringen, wenn wir das neue Gesetz haben.

Zu dem neuen Gesetz möchte ich an dieser Stelle kurz Folgendes sagen: Grundsätzlich sind wir mit der Idee, dass wir die Deputationen nicht mehr namentlich aufrufen und einzeln beschließen, sondern dass in diesem Gesetz praktisch gesagt wird, die Bürgerschaft richtet Deputationen ein, einverstanden. Das haben wir auch in der interfraktionellen Besprechung signalisiert. Mit der Tatsache aber, dass wir in Paragraph 1 wieder eine Inkompatibilitätsregelung aufgenommen haben, sind wir eher nicht einverstanden, und deswegen werden wir uns bei diesem Gesetz enthalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deputationen sind in Bremen ein Wunschkind der Verfassung. Sie begleiten Bremen seit über 250 Jahren. Sie sind eine Besonderheit! Dass man sachkundige Bürger in die Kontrolle der Verwaltung

*) Vom Redner nicht überprüft.

einbezieht, gibt es auf Gemeindeebene häufiger. Dass man sachkundige Bürger über Deputationen in Parlamentsarbeit einbeziehen kann, ist eine Bremer Besonderheit. Die SPD hält das Prinzip der Deputationen für ein unverzichtbares Prinzip der Bürgerpartizipation, und deshalb soll es auch in Zukunft bei Deputationen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das Gesetz, das wir zusammen mit den Grünen vorlegen, versucht im Wesentlichen, Rechtsvereinfachungen zu betreiben. Die wesentliche Funktion ist, dass die Einrichtung neuer Deputationen nicht mehr per Gesetz beschlossen werden muss, sondern durch einfachen Beschluss der Bürgerschaft beschlossen werden kann. Ferner wird in diesem Gesetz noch einmal klargestellt, dass Deputationen eine Doppelfunktion haben. Sie sind zunächst einmal Verwaltungsausschuss, sie können von der Bürgerschaft aber – wie jeder andere Parlamentsausschuss auch – mit einem entsprechend fachlichen Auftrag versehen werden. Gesetze können dorthin überwiesen werden, und Berichte können der Bürgerschaft direkt erstattet werden.

Der dritte Punkt in diesem Gesetz ist, dass wir die Neuregelung hinsichtlich der Entschädigung für Deputierte treffen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Abgeordnetenentschädigung vereinfacht, wir haben alle Entschädigungstatbestände zusammengestrichen und pauschaliert. Das war gut so, das ist überfällig gewesen! Das haben wir jetzt auch bei den Deputierten gemacht, wir haben allerdings einen anderen Weg gewählt: Wir pauschalieren nicht am oberen Ende und sagen, das soll versteuert werden, sondern wir sagen, das, was bisher allgemein als steuerfreie Aufwandspauschale anerkannt gewesen ist, sollen Deputierte in Zukunft weiterhin steuerfrei erhalten, alle anderen Entschädigungstatbestände fallen weg. Das halten wir im Wege der Pauschalierung für angemessen, vor allen Dingen, wenn man sich die Entschädigungsregelungen in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven anschaut.

Wir glauben, dass wir Ihnen hier mit dem Gesetz etwas vorlegen, das das Deputationswesen im Grundsatz erhält, weiterentwickelt und zeitgemäß macht. Ich werbe dafür, diesem Entwurf zuzustimmen! – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die notwendige Zeit für die Aussprache zum Gesetzentwurf nicht unnötig verlängern. Der Kollege Tschöpe hat die wesentliche Motivation und

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(B)

(D)

- (A) auch Inhalte des Gesetzentwurfs soeben, wie ich finde, völlig ausreichend dargestellt.

Deshalb nur einige Bemerkungen! Es ist eigentlich, soweit mir das als Nichtjurist geläufig ist, ein guter Brauch, dass Gesetze nur dann geändert und beschlossen werden, wenn auch tatsächlich eine Notwendigkeit dafür besteht, das heißt, wenn man ein Problem hat, das man mit einem Gesetz auch tatsächlich lösen kann. In der Vergangenheit war es aber so: Hätte man beispielsweise – das ist jetzt ein gegriffenes Beispiel – eine Deputation für Kinder und Jugendliche gehabt und beschlossen, sie in Kinder- und Jugendlichendeputation umzubenennen, hätte man das Deputationsgesetz in zwei Lesungen ändern müssen. Dafür ist ein Gesetzgebungsverfahren eigentlich nicht da.

Ein Gesetzgebungsverfahren ist ein hoheitliches Recht, das wahrgenommen wird, um zentrale Aufgaben und Angelegenheiten des Staates zu regeln. Deswegen finde ich es völlig angemessen, dass wir nun einen allgemeinen Beschluss in Paragraph 1 haben, der uns ermächtigt, Deputationen qua Bürgerschaftsbeschluss – der muss ja immer noch ordentlich mit einer Mehrheit in der Bremischen Bürgerschaft zustande kommen – einzusetzen, die Anzahl der Mitglieder festzulegen und in einer Anlage dann die Mitglieder der Deputation aus den Fraktionen aufzuführen. Das ist, glaube ich, der richtige Weg. Dabei sind wir flexibler, das ist ein gewisser Bürokratieabbau, und im Grunde genommen hatten wir uns auf diesen Punkt ja auch schon verständigt.

(B)

(Abg. R u p p [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Es wird auch in dieser Legislaturperiode bei der etwas ungewöhnlichen, aber mit unserer bremischen Verfassungsbesonderheit, wie ich finde, gut zu erklärenden Dualität zwischen Parlamentsausschüssen und Deputationen bleiben. Es ist in Tat so, dass wir als Kommune Bremen auf kommunaler Ebene die Verwaltungsausschüsse auf jeden Fall brauchen und es dann auch im Einzelfall Sinn macht, im Land eine Deputation anzuschließen. Ich finde, dieser Mix, wie er in den vergangenen Jahren entstanden ist – ich sage den Satz gern erst zu Ende –, hat sich eigentlich bewährt. Ich finde, dass wir hier auch auf eine gute Tradition zurückblicken, und deswegen bleibt es bei dieser Mischung aus Parlamentsausschüssen und Deputationen.

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Rupp?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber gern!)

Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): In Paragraph 7 wird die Aufwandsentschädigung geregelt und die Höhe von 430 Euro festgelegt. Bekommen wir da nicht ein ähnliches Problem wie mit der Anzahl der Deputationen? Wenn wir einen Euro mehr geben wollen, müssen wir das Gesetz ändern. Das entspricht nicht ganz der Logik, die Sie vorhin berechtigterweise vorgetragen haben, nämlich dass man ein Gesetz so gestaltet, dass man nicht jedes Mal, wenn man eine Kleinigkeit ändert, einen neuen Gesetzesentwurf beschließt.

(C)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Das finde ich erst einmal nachvollziehbar. Ich wüsste jetzt nicht, warum man es so bald wieder ändern sollte. Es gab bei dem Namen und bei der Einsetzung von Deputationen, glaube ich, sehr viel mehr Änderungen in der Vergangenheit als bei diesem Betrag. Grundsätzlich haben Sie aber recht, und vielleicht kann man das dann ja an der Stelle in zukünftigen Beratungen noch berücksichtigen. Vielen Dank für den Hinweis, der Logik nach haben Sie recht!

(Unruhe)

Erst einmal noch ein wenig telefonieren, ist ja auch ein spannender Tag heute!

Im Weiteren ist die Anzahl der Deputationen und die Zahl der Mitglieder dann von diesem Haus festzulegen, darüber gibt es ja schon Verständigungen.

Nun zu der Frage der Rolle, der Anzahl und der Vergütung der externen Deputierten! Ich finde nicht, dass wir es hier mit einem großen Politikum zu tun haben. Wir haben in der Vergangenheit einfach auch aus der Erwägung heraus, dass wir an allen möglichen Ecken und Enden ein wenig kürzer treten, die Anzahl der Deputierten schon mehrfach reduziert. Wir waren am Schluss bei 50 Deputierten. Die Koalition ist mit der Vorlage, man könnte 20 externe Deputierte einbeziehen, in die Gespräche hineingegangen, die CDU hatte eine Vorstellung von etwa 40 Deputierten. Heute sind wir bei 30 Deputierten gelandet. Das finde ich auch angemessen. Damit sind Bürgerinnen und Bürger in den Deputationen, glaube ich, immer noch in angemessener Weise, so wie es der Geist der Deputationen ist, vertreten.

(D)

Zu der Aufwandsentschädigung! Ich finde, dass man zwei Vergleiche ziehen muss. Der eine Vergleich ist in der Tat die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, und der andere Vergleich sind die Beiräte in der Stadt Bremen. Es ist natürlich so, ohne jetzt den Deputierten in irgendeiner Form zu nahe zu treten: Es ist eine ehrenamtliche und sehr begrenzte Tätigkeit, die, wie ich finde, sehr verdienstvoll ist und auch die nötige Aufmerksamkeit verdient, aber wir haben natürlich Beiratsmitglieder in der Stadt Bremen, die, wenn sie in mehreren Ausschüssen sind, wenn sie möglicherweise noch Beiratssprecher sind, einen enormen Zeitaufwand als ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker haben und als Beiratsmitglie-

(A) der mit einer weitaus geringeren Aufwandsentschädigung bedacht werden.

Wir haben es hier mit Deputierten zu tun, die maximal eine Deputationssitzung im Monat haben, die vielleicht dann noch hin und wieder zu Fraktionssitzungen kommen oder auch zu Arbeitskreissitzungen, aber es dürften doch nur wenige Sitzungen im Monat sein, und ich finde eine pauschale, steuerfreie Vergütung von 430 Euro in diesen Zeiten absolut angemessen. Ich glaube, dass es in der Relation zu unseren Beiratsmitgliedern, zu unseren Freundinnen und Freunden aus Bremerhaven, die in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, und auch zu sonstigen Beispielen in Kommunen, die wir kennen, durchaus eine Aufwandsentschädigung ist, die angemessen und fair ist und die wir heute, so ist unser Vorschlag, festlegen sollten.

Es gab im Vorfeld auch gerade durch den Kollegen Röwekamp den Hinweis, dass es da auch, wenn man die ganzen Sondertatbestände abschafft, zu der einen oder anderen Komplikation kommen könnte. Ich habe mir das angeschaut, und ich teile diese Meinung nicht. Ich finde, die Tendenz, die wir im Abgeordnetengesetz ja auch gemeinsam beschlossen haben, nämlich zu sagen, Sitzungsgelder, Extravergütungen für dies und das sollten wegfallen und es sollte eine klare, transparente Aufwandsentschädigung geben.

(B) Ich glaube, dass es genug Beispiele gibt – wir haben uns das in der Kürze der Zeit auch noch einmal angeschaut, Herr Kollege Röwekamp! –, in denen es gerade auch in vielen Kommunalparlamenten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung gibt, ohne dass es Probleme mit der virtuellen Hineinrechnung der Erwerbs- oder Verdienstaufschlagpauschalen gibt, sondern dass das als Aufwand anerkannt ist. Daher glaube ich, dass wir sowohl für die Freie Hansestadt Bremen als auch für die Damen und Herren, die sich jetzt als Deputierte zur Verfügung stellen werden, eine vernünftige, faire Lösungen gefunden haben, und ich bitte darum, das Gesetz heute so zu verabschieden. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere sehr, dass wir – ich gehöre dem Parlament seit 1991 an – das erste Mal keinen interfraktionellen Konsens über dieses Thema gefunden haben. Das bricht mit einer langen Tradition unterschiedlicher Betroffenheiten und auch des unterschiedlichen Umgangs miteinander. Ich erinnere mich noch sehr ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

nau, als wir 1999 als Große Koalition eine noch größere Mehrheit im Parlament hatten als heute Rot-Grün, dass wir sehr auf die Bedürfnisse auch von Bündnis 90/Die Grünen seinerzeit zugegangen sind, was das Deputationswesen betrifft

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei der Anzahl sind wir Ihnen auch entgegengekommen!)

und auch, was die Verteilung der vorhandenen Deputierten betrifft. Ich finde, das hat sich in solchen Zeiten bewährt. Umso bedauerlicher finde ich, dass uns das heute nicht gelingt.

Ich möchte vorwegschicken, dass mich am meisten an der Beratung das Verfahren stört. Ich finde, wir haben das bei der Novellierung des Abgeordnetengesetzes sehr gut und vertrauensvoll gemacht. Da sind wir nicht alle als Tiger gestartet, aber wir sind auch nicht als Bettvorleger gelandet, sondern haben alle gemeinsam, wie ich finde, mit einem großen Wurf über unsere eigenen Kreise hinaus ein hohes Maß an Anerkennung beim Bund der Steuerzahler und sogar in der Öffentlichkeit gefunden. Das war auch mutig, was wir da gemacht haben, dass wir alle Sondertatbestände abgeschafft haben und sie in eine Diät, die steuerpflichtig ist, haben münden lassen.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir bei den Deputationen ein ähnlich sachliches Verfahren miteinander finden, und ich möchte daran erinnern, dass wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits bei der Beratung des Abgeordnetengesetzes immer darauf hingewiesen haben, dass wir bei den Deputationen auch zu einer Lösung kommen müssen. Zuletzt habe ich in der letzten Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vor der Bürgerschaftswahl vorgeschlagen, dass wir die Verwaltung schon einmal bitten, etwas vorzubereiten, damit wir am Ende schnell zu Entscheidungen kommen können. Leider ist das nicht passiert.

Deswegen habe ich von den Vorstellungen der Koalition das erste Mal wenige Stunden vor Beginn unserer ersten gemeinsamen Sitzung gehört, in der es hieß: Erstens, wir wollen die Inkompatibilitätsregelung des Abgeordnetengesetzes eins zu eins auf Deputierte übertragen, zweitens, wir wollen die Anzahl der Deputierten von 50 auf 20 verringern, drittens, wir haben zurzeit noch keine Sprachfähigkeit, was ja eigentlich das ursprünglich zwischen uns vereinbarte Ziel des Wechsels des Vorsitzes in den Deputationen betrifft – daran müssen wir noch arbeiten –, und viertens, wir wollen die Höhe der Entschädigung auf 430 Euro, damals waren es noch 421 Euro, begrenzen. Das haben wir wenige Stunden vor der ersten gemeinsamen Sitzung gemacht. Davon bin ich überrascht worden.

Ich habe dann in der Sitzung meine Bedenken bezüglich der Anzahl der Deputationen geäußert, da sind Sie mir entgegengekommen. Ich habe aber auch gefragt: Geht das eigentlich mit der Pauschalierung? Wir

(C)

(D)

- (A) haben gesagt, dass Sie sich bei der Beratung dieses Gesetzes auch zu den Fragen erklären werden, wer den Vorsitz führt und ob wir den nicht vom zuständigen Senator auf einen Parlamentarier wechseln können. Den letzten Teil können Sie ja vielleicht noch einmal nachholen.

Ich kann nur für die CDU-Bürgerschaftsfraktion erklären, dass wir es als eine Stärkung des Parlamentarismus verstehen würden, wenn wir schnell dazu kommen, dass den Vorsitz in einer Deputation nicht mehr, wie in dem Gesetz jetzt vorgesehen ist, der zuständige Senator, sondern ein Abgeordneter hat. Ich fände, das wäre ein riesiger Fortschritt, und ich würde mich freuen, wenn wir das auch gemeinsam möglichst zügig umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine geäußerten Zweifel bleiben, weil ich erstens sage, wir haben, was die Deputation betrifft – ähnlich, wie Herr Tschöpe und Herr Dr. Güldner es gesagt haben –, gute Erfahrungen gemacht. Sie gehören zu unserem Parlamentarismus existenziell dazu. Wir haben durch die Arbeit in den Deputationen viele Menschen in unsere fachlichen Beratungen einbeziehen können – vom Klinikchef bis zum Betriebsratsmitglied –, die vielleicht für eine volle parlamentarische Tätigkeit nicht zur Verfügung gestanden hätten, die für unsere Beratungen aber außerordentlich wertvoll und hilfreich gewesen sind.

- (B) Ich glaube auch, dass der Effekt, jetzt in einem Schlag von 50 auf 30 Deputierte zu reduzieren, wir hatten einmal 80 Deputierte, auch monetär nicht begründbar ist, weil der Aufwand, den wir für Deputierte haben – ich habe gar keine Übersicht gesehen, anders als bei den Abgeordnetenentschädigungen, vielleicht kann die Verwaltung das noch einmal nachliefern –, gar nicht so riesig ist, dass so riesige Kosten entstehen. Zumindest glaube ich, wenn man auf den seit acht Jahren unbesetzten zweiten Staatsratsposten beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr verzichten würde, hätten wir schon ein gewichtiges Stück der Gegenfinanzierung bekommen. Ich sage das ganz bewusst auch an diesem Beispiel, denn ich finde, man kann nicht immer in eine Koalitionsvereinbarung hineinschreiben, wir wollen eine breitere Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, und dann bei der Abwägungsentscheidung sagen, aus monetären Gründen nehmen wir lieber einen Staatsrat als zehn Deputierte. Ich finde das unredlich!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Deswegen, finde ich, muss man auch damit offen und transparent umgehen: Was sparen wir eigentlich, wenn wir zehn Deputierte weniger haben als bisher?

- (C) Der dritte Punkt, in dem meine Bedenken in der Zügigkeit und Geschwindigkeit des Verfahrens nicht ausgeräumt worden sind – wie gesagt, von Donnerstag bis heute –, ist die Frage der Entschädigung. Ich persönlich, ich habe das auch immer gesagt, bin dafür, dass wir uns von allen Steuerbefreiungen befreien. Ich sehe wie der Bürgerschaftsdirektor und der Wissenschaftliche Dienst eine einkommenssteuerrechtliche Gefahr, weil es ja anders als in anderen Kommunalparlamenten nach dem von uns beschlossenen Sitzungsplan so ist, dass wir auch mit den Deputierten kein Feierabendparlament sind.

Wenn die Stadtverordnetenversammlung sich trifft, wenn sich ein Gemeinderat trifft, dann treffen sie sich in der Regel nach 18.00 Uhr oder nach Dienstschluss. Wir haben gerade miteinander verabredet, dass wir auch in den Deputationen und den Fraktionsarbeitskreisen in Zukunft um 14.30 Uhr tagen wollen. Das heißt, wenn wir in Zukunft einen arbeitenden Deputierten haben, dann wird er zu seinem Arbeitgeber gehen und sagen müssen, ich kann heute Nachmittag nicht kommen, weil ich eine Deputationssitzung, eine Fraktionssitzung, eine Fraktionsarbeitskreissitzung habe oder meinetwegen auch einen Termin im vorparlamentarischen Raum tagsüber gegebenenfalls wahrnehmen muss. Das heißt, wir nehmen ihm Zeit seiner Erwerbstätigkeit und sagen, auch dafür bist du mit der steuerfreien Aufwandspauschale abgegolten. In dem Moment, in dem in der steuerfreien Aufwandspauschale Erwerbstätigkeiten enthalten sind und ein Arbeitgeber sagt, ich bezahle dir jetzt vier Stunden weniger, weil du statt um 18.40 Uhr um 14.30 Uhr gehst, dafür bekommst du ja deine Aufwandspauschale, teile ich die Bedenken: Wir können dann nicht garantieren, dass das auf Dauer definitiv auch steuerfrei bleibt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja rein virtuell!)

Das ist eben nicht virtuell, und das ist auch der Unterschied zu Bremerhaven!

In Bremerhaven, obwohl sie dort später anfangen zu tagen, gibt es neben der teilsteuerverfreiten Aufwandsentschädigung selbstverständlich für diejenigen, die erwerbstätig sind, Verdienst- und Erwerbsausfall. Da wird es dem Arbeitgeber ersetzt, wenn er den Arbeitnehmer freistellt, weil er als Stadtverordneter Kommunalpolitik macht. Ich finde, über solche Bedenken kann man nicht mit einem Federstrich hinweggehen. Dabei habe ich jetzt noch gar nicht berechnet, was das eigentlich für einen Bremerhavener ausmacht, der im Monat drei Fraktionssitzungen, drei Fraktionsarbeitskreissitzungen und vielleicht noch eine Deputationssitzung hat, wenn er nur eine hat. Er ist dann in sieben Sitzungen verpflichtet, das heißt, er ist schon 20 Stunden mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, um seinen Sitzungsverpflichtungen nachzukommen, und dann muss er noch an den Sitzungen teilnehmen. Da landen Sie am Ende bei ei-

(A) ner Vergütung, die in die Nähe des von Ihnen geforderten gesetzlichen Mindestlohns kommt. Ich finde, das sind Argumente, über die man sich sachlich, in Ruhe und ohne Hektik miteinander verständigen sollte.

Ich hätte ein Modell sinnvoller gefunden, das steuerlich unangreifbar ist, das keine Privilegierung beinhaltet, von dem wir sagen, es gibt ausgehend von der bisherigen durchschnittlichen Vergütung von Deputierten einen steuerpflichtigen Entschädigungsbestand und nichts anderes. Dann hätten wir keinerlei steuerliche Komplikationen, dann hätte der Deputierte auch seinen Aufwand, seinen Fahrtkostenaufwand, den er hat, um aus Bremerhaven nach Bremen zu kommen und an der Sitzung teilzunehmen, wie wir Abgeordnete im Übrigen jetzt ja auch, als Werbungskosten geltend machen können beziehungsweise als Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte. Diese Abzugsmöglichkeit nehmen wir ihm jetzt auch, es sei denn, er wendet mehr auf, als er bekommt. Wenn er also in Zukunft 431 Euro aufwendet, dann kann er natürlich den einen Euro zusätzlich absetzen, sofern das Finanzamt die Deputationstätigkeit nicht als Liebhaberei einstuft.

Deswegen sage ich, ich glaube, dass die Geschwindigkeit diesem rot-grünen Vorschlag am Ende nicht gut getan hat. Ich hätte gern mit Ihnen noch in Ruhe darüber gesprochen – das habe ich Ihnen, Herr Tschöpe, am Freitag noch telefonisch signalisiert, dass wir uns noch einmal zusammensetzen, bevor das Gesetz eingebracht wird –, leider ist es dazu nicht mehr gekommen. Ich finde es schade, weil ich glaube, dass am Ende eines gründlichen Diskussionsprozesses wie in der Vergangenheit auch eine einvernehmliche Lösung gestanden hätte. Ich nehme für mich als CDU-Bürgerschaftsfraktionsvorsitzender auch in Anspruch, dass ich an solchen Beratungen immer konstruktiv teilgenommen habe, und ich hätte mir gewünscht, dass Sie mir die Gelegenheit dazu auch bei diesem Gesetz geben.

(B) Ich will abschließend auch sagen, ich finde es dann umso bedauerlicher, dass wir das heute in erster und zweiter Lesung beschließen wollen, weil die von mir vorgebrachten Einwände, wie es sich bei einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gehört, natürlich auch zwischen der ersten und der zweiten Lesung erörtert und vielleicht sogar einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden könnten. Wir fühlen uns als CDU-Fraktion, Herr Dr. Güldner, nicht in einer Opferrolle, sondern wir wollen wie beim Abgeordnetengesetz auch wichtige Impulse dafür setzen, dass wir uns bei der Frage, wie binden wir in Zukunft Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in unsere parlamentarische Arbeit ein, hätten konstruktiv einbringen können. Das haben Sie mit Ihrer Mehrheit nicht gewollt, das finde ich schade. Das ist am Ende kein Weltuntergang, aber das bricht schon mit einer langen Tradition, und deswegen finde ich es umso bedauerlicher. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe. (C)

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, ich versuche noch einmal darzustellen, wie es zu den einzelnen Elementen dieses Gesetzes kommt und warum ich glaube, dass sie eine gute Arbeitsgrundlage für die nächste Legislaturperiode darstellen! Sie haben kritisiert, dass die Anzahl der Deputierten von 50 auf jetzt 30 gesenkt wird. Ich möchte einmal andersherum anfangen: Welche Anzahl von Deputierten pro Deputation ist denn eigentlich sinnvoll? Das hängt natürlich davon ab, wie viele Deputationen zu besetzen sind, und wir haben jetzt sieben Deputationen. Wenn ich sieben Deputationen habe und insgesamt in einer Deputation jeweils zwölf Menschen – egal ob Abgeordneter oder Deputierter – sitzen, ergibt sich aus dieser Rechnung bei 30 Deputierten insgesamt, dass pro Deputation vier Deputierte und acht Abgeordnete sitzen. Ich finde, das ist ein ausgesprochen vernünftiges Verhältnis. Wenn Sie 40 Deputierte nehmen, sind wir schon ganz schnell dabei, dass wir sechs Abgeordnete und sechs Deputierte pro Deputation haben.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das hatten wir noch nie!)

Das finde ich nicht mehr ganz vertretbar und auch nicht besonders optimal. Ich glaube, dass man mit 30 Deputierten bei sieben Deputationen sehr wohl hinreichend den Sachverstand von Bürgerinnen und Bürgern einbinden kann und dass es darüber auch geschieht. Deshalb glaube ich, dass die Anzahl von 30 Deputierten richtig ist. (D)

Ich möchte mich auch noch einmal ausdrücklich bedanken, dass Sie die Anzahl der Deputierten in der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden thematisiert haben. Ich denke, dass wir mit unserem ersten Vorschlag, 20 bis 25 Deputierte, tatsächlich unterschritten haben.

Zu dem, was Sie steuerrechtlich ausgeführt haben, glaube ich, Sie befinden sich einfach im Irrtum. Ich möchte dem Parlament ganz gern den Paragraphen 3 Ziffer 2 Einkommensteuergesetz zur Kenntnis geben, der nämlich vieles von dem klärt, was Sie dargestellt haben: „Aus einer Bundeskasse oder Landeskasse bezahlte Bezüge, die in einem Bundesgesetz oder Landesgesetz oder einer auf bundesgesetzlicher oder landesgesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmung oder von der Bundesregierung oder einer Landesregierung als Aufwandsentschädigung festgesetzt sind und als Aufwandsentschädigung im Haushaltsplan ausgewiesen werden, sind insgesamt steuerfrei.“

Wir haben hier das Gesetz, in dem die 430 Euro stehen. Deshalb, Herr Rupp, müssen sie auch ins Gesetz hinein. Es geht nicht anders. Damit sind sie steuerfrei. Die von Ihnen, Herr Rupp, heraufbeschworene Gefahr, dass sich hinterher herausstellen würde,

(A) dass sie nicht steuerfrei sind, sehe ich nicht. Wie bei allen Gesetzen aber, die sich im Rahmen von Entschädigungen, Besoldungen und Steuern bewegen: Sollte irgendein Gericht dieser Welt sagen, dass die Rechtsauffassung des Abgeordneten Tschöpe eine falsche ist, werden wir natürlich jederzeit nachbessern und diesen Fehler heilen können.

Dritter Punkt! Wir haben auch in Ihrem Beisein den Vorsitz durch Abgeordnete erörtert. Ich bin sehr dafür, halte das für eine Weiterentwicklung des Deputationswesens, und wir haben uns gemeinsam darauf geeinigt, dass die Bürgerschaftskanzlei einen entsprechenden Bericht an den Verfassungs- und Geschäftsausschuss erstellt, der erstens beleuchten soll, ob das rechtlich geht, zweitens, welche rechtlichen Änderungen gegebenenfalls vorzunehmen sind, und drittens, ob es praktisch sinnvoll ist. Auf der Grundlage dieses Berichts werden wir dann entscheiden, ob es eine weitere Änderung des Deputationsgesetzes gibt.

Herr Kollege Röwekamp, mir tut es ein wenig leid, dass es so schnell gehen muss, ich hätte mir auch gern mehr Zeit gelassen. Wir brauchen aber dieses Deputationsgesetz, weil wir am Mittwoch die Deputierten wählen wollen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sonst haben wir den ganzen Sommer gar nichts!)

(B) Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir am Mittwoch keine Deputationen wählen. Dementsprechend müssen wir mit diesem Gesetz in die Rallye gehen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie hätten ja früher anfangen können!)

Ich würde es heute in erster und zweiter Lesung in der vorgelegten Form beschließen. Ich sage Ihnen aber auch noch einmal zu, dass wir uns zu dem, was Sie an steuerrechtlichen Einwendungen haben, gern noch einmal im Nachgang zusammensetzen können. Dann können Sie auch noch einmal die Quellen erläutern, warum das abweichend von Paragraph 3 Ziffer 12 Einkommensteuergesetz zu bewerten sein sollte. Sollten wir übereinstimmend zu der Notwendigkeit kommen, dass weiterer Veränderungsbedarf besteht, dann können wir das hinterher auch noch einmal entsprechend reparieren.

Ich werbe dafür, dass Sie dem auch unter Zurückstellung Ihrer Bedenken zustimmen! Ich sage auch noch einmal zu, dass wir die steuerrechtliche Problematik gern gemeinsam prüfen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt einen grundsätzlichen Punkt – und das ist mir noch einmal in der Rede des Kollegen Röwekamp deutlich geworden –, den ich gern noch einmal anführen würde! Es gibt einen Unterschied zwischen den Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und externen Deputierten, die von den Fraktionen in die Deputationen berufen werden. Daher kann ich mir, ehrlich gesagt, Ihren Vorschlag – darauf läuft es ja hinaus –, die Aufwandsentschädigungen in etwa zu verdoppeln und dann aber als steuerpflichtige Entschädigung quasi wie ein Einkommen, wie eine kleine Diät für die Deputierten mit Steuerpflicht und mit allem, was dazugehört, zu gestalten, nicht vorstellen. Es ist ein Ehrenamt, das sehr begrenzt politische Tätigkeiten nach sich zieht. Das ist uns sehr wichtig, und uns sind alle 30 Deputierten sehr willkommen! Dass wir nun aber ein steuerpflichtiges Einkommen daraus machen statt einer Aufwandsentschädigung, das, finde ich, wird dem Charakter, den das Ganze hat, im Vergleich zu den Mitgliedern dieses Hauses, bei denen es ja so ist, nicht gerecht. Das ist schon einmal der erste Punkt, an dem wir die Deputierten, wie ich finde, in eine Richtung rücken, die sie selbst auch, glaube ich, gar nicht für diesen Deputationsitz für sich in Anspruch nehmen würden.

Der zweite Punkt ist die Inkompatibilitätsregelung! Da bitte ich doch noch einmal, darauf zu achten, hier in Paragraph 3 ist es geregelt – das halte ich, ehrlich gesagt, für selbstverständlich –, dass Menschen, die in einer Behörde oder in einer anderen Einrichtung, die unmittelbar an dem Gegenstand beteiligt ist, der in der Deputation verhandelt wird, nicht auch gleichzeitig als Deputierte und dann als Mitglieder der Verwaltung mitwirken. Das halte ich für eine schiere Selbstverständlichkeit, und ich kann die Kritik daran, das muss ich ehrlich sagen, nicht nachvollziehen. Ich finde das völlig richtig. Bevor man nun jemanden hätte, der praktisch in Permanenz wegen Befangenheit den Saal verlassen müsste, wäre es doch deutlich besser, eine klare Inkompatibilitätsregelung zu haben. Wenn jemand im Gesundheitsbereich arbeitet und dann in der Bildungsdeputation vertreten ist, gibt es überhaupt kein Problem. Es kann auch eine Lehrerin in die Gesundheitsdeputation gehen, aber im Verwaltungsbereich, da macht es, glaube ich, keinen Sinn, zwei Hüte zu tragen. Sich quasi als Deputierter selbst Aufträge zu geben, die man dann am nächsten Tag als Verwaltungsmitarbeiter in die Tat umsetzen soll, das hielte ich grundsätzlich für falsch. Deswegen ist dieses Gesetz auch an dieser Stelle, wie wir es eingebracht haben, vernünftig.

Ich bin auch der Meinung, dass wir uns normalerweise Zeit lassen sollten für diese Verfahren, da bin ich ganz bei Ihnen. Wir haben uns in allem, was wir seit der Wahl gemacht haben, sehr beeilt. Wir sind, glaube ich, sehr schnell fertig geworden, das

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) hat enormen Druck auf viele von uns erzeugt, aber dass wir nun nächste Woche auseinandergehen – wir haben mehrfach in den Debatten über die neuen Abgeordneten gesprochen, aber auch über uns alle hier in diesem Haus –, dass wir praktisch in die Sommerferien gehen, und dann gibt es keine Deputationen, man weiß nicht, welche, man weiß nicht, wo man sitzt, sie sind auch nicht konstituiert, und dann kommen wir irgendwann im August zurück und fangen dann einmal langsam an, darüber nachzudenken, wann wir Deputationen konstituieren, das würde ich auch für vollkommen falsch halten. Die Bevölkerung erwartet, dass wir nach dieser Wahl alle sofort tätig werden, und da ist es jetzt Zeit, vor der Sommerpause auch die entsprechenden Gremien einzurichten. Das würde Ihr Vorschlag leider verhindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich finde die Zahl 30 auch angemessen. Sie gibt dem Ganzen ein Gewicht. Sie zeigt, dass es nicht der eine oder andere ist, den wir handverlesen aussuchen und der dann in einer Deputation sitzt, sondern dass es auch ein richtiges strukturelles Merkmal der Deputationen ist, wie es aus der Deputationsverfassung herauskommt. Daher finde ich, dass dieses Gesetzesvorhaben, so wie es jetzt auf dem Tisch liegt, auch für die Opposition ein annehmbares Paket darstellt, bei dem wir uns bei einigen Dingen geeinigt haben, bei anderen Dingen nicht, das ist öfter so in Gesetzesberatungen. Deswegen bin ich der Meinung, dass Rot-Grün hier ein vernünftiges Deputationsgesetz auf den Weg gebracht hat und dass wir nächste Woche die Deputationen in die Lage versetzen sollten, ihre Arbeit aufzunehmen. Ich glaube, da draußen ist das das Wichtigste. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich betrachte diesen Entwurf als Übergangsregelung. Deswegen kann er auch mit der Mehrheit im Haus hier einfach beschlossen werden, damit wir die formalen Voraussetzungen schaffen, überhaupt Deputationen zu wählen, das kann man machen. Ich betrachte es aber auch so – so habe ich die Kollegen Tschöpe und Dr. Güldner interpretiert –, dass wir dann noch einmal in eine Runde gehen und überlegen, was man eigentlich tun kann, um ein Gesetz zu verabschieden, das durch alle Fraktionen in diesem Haus getragen wird.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Das ist die richtige Reihenfolge! Erst beschließen und dann prüfen!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

So gesehen teile ich die Kritik von Herrn Röwekamp an dem Verfahren, weiß aber auch, dass man die formalen Voraussetzungen schaffen muss, um jetzt Deputationen zu wählen. Deswegen kann man die formalen Voraussetzungen schaffen, und meine Werbung ist, dass wir uns tatsächlich noch einmal hinsetzen und schauen, ob wir nicht in nächster Zeit, im Rahmen der Legislaturperiode das Gesetz so ändern, dass alle damit zufrieden sind.

Ich bitte, auch noch einmal die Diskussion zu führen, ob eine Anzahl von 30 externen Deputierten eigentlich vernünftig ist. Man kann es immer in ein Verhältnis zu etwas anderem setzen, was möglicherweise noch schlechter ist, aber wenn man einmal 80 Deputierte gehabt hat, dann auf 50 gegangen ist und nun 30 hat – –.

(Abg. **Tschöpe** [SPD]: Wir haben jetzt aber auch weniger Deputationen!)

40 Prozent weniger Deputationen?

(Abg. **Imhoff** [CDU]: Nächste Legislaturperiode gibt es 15!)

Haben wir 40 Prozent weniger Deputationen? Das habe ich alles verstanden, man kann Verschiedenes rechnen, aber irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem man es nicht mehr so rechnen kann, als wäre es keine Verringerung der externen Deputierten, und ich halte eine Verringerung der externen Deputierten für schwierig.

Ich würde es begrüßen, wenn tatsächlich auch mehr Sachverstand von außen in diese Deputationen kommt. Das brauchen wir, und wir haben die Erfahrung an unterschiedlichen Stellen gemacht, dass es ausgesprochen sinnvoll ist. Deswegen ist dann tatsächlich auch noch einmal die Debatte um die Frage eröffnet: Wie viele externe Deputierte sind eigentlich sinnvoll und wie viele nicht? Daher gehe ich, wie gesagt, davon aus, dass das jetzt eine Übergangsregelung ist, die mit der Mehrheit beschlossen werden kann, und wir danach noch einmal in eine Debatte gehen, wie wir das Gesetz entsprechend verändern. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU)*): Herr Präsident, ich möchte nur noch drei kurze Anmerkungen machen! Die erste Anmerkung ist: Die steuerrechtlichen Bedenken kommen nicht von mir, sondern von der Bürgerchaftsverwaltung. Da hat es eine E-Mail gegeben, die haben wir alle bekommen, da ist darauf hingewiesen worden. Ich finde das zumindest nicht unplau-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sibel. Sie sagen, das war eine Einzelansicht von mir, aber das kam nicht von mir, sondern ich bin vom Wissenschaftlichen Dienst darauf aufmerksam gemacht worden, der gesagt hat, das, was Sie vorgelesen haben, gilt für Aufwandspauschalen. Das bedeutet, es muss ein Aufwand abgegolten werden. Ein Aufwand ist aber nicht, wenn ich eine Erwerbstätigkeit darin habe. Das sind der Bleistift, die Fahrtkosten, sonst etwas, aber sicherlich nicht der Erwerbsausfall. Das kann ein Streitfall werden. Das war nur der erste Punkt, das ist jetzt nicht völlig aus der Luft gegriffen, sondern es ist uns so von denen mitgeteilt worden, die das Gesetz maßgeblich mit vorbereitet haben.

Der zweite Punkt ist, wir haben nicht sieben Deputationen, sondern 14! Das verschiebt auch die Verhältnisse. Im Übrigen haben wir die Anzahl der Deputationen nicht um 40 Prozent verringert, wie wir es jetzt bei den Deputierten machen, und deswegen wird auf jeden Einzelnen – und die Gremien sind nicht kleiner geworden – von uns auch mehr Arbeit zukommen.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Drei Deputationen weniger!)

Drei Deputationen weniger und 20 Deputierte weniger, das will ich nur sagen, das ist aus meiner Sicht schon ein anderes Verhältnis.

Die dritte Bemerkung, die ich noch machen will: Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir heute zu einer Lösung kommen. Dazu wäre es aber vielleicht erforderlich gewesen, dass Sie unsere Gesprächsangebote in den letzten Tagen nicht abgelehnt hätten.

(B)

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Sie haben doch Mittwoch mitgeteilt, Sie brauchen das nicht mehr!)

Nein, ich habe das nicht mitgeteilt – Herr Tschöpe, jetzt bleiben Sie bei der Wahrheit! –, ich habe am Freitag gesagt, wir müssen darüber noch einmal reden.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Genau!)

Dann haben am Montag die Fraktionsgeschäftsführer auf unsere Initiative hin noch einmal telefoniert, und da hieß es dann, wir bleiben dabei, wir haben keinen Gesprächsbedarf, und dann habe ich Mittwochmorgen gefragt: Setzen wir uns danach noch zusammen? Da haben Sie gesagt, nein, der Vorstand tagt, und wir haben Fraktionsvorstand und was auch immer. Auf jeden Fall ist es zu dem von mir angebotenen Gespräch nicht mehr gekommen. Mir dann jetzt vorzuwerfen, ich hätte das Verfahren verzögert, jetzt müssten wir es machen, definitiv nein!

Wir hätten immer noch die Gelegenheit gehabt – ich habe es immer wieder angeboten –, darüber noch einmal zu reden, und deswegen darf hier nicht der falsche Eindruck entstehen, am Ende sei durch uns der Gesprächsfaden abgerissen worden. Das Gegen-

teil ist der Fall! Ich hätte es auch für richtig gehalten, dass wir uns in solchen Fragen noch einmal zusammensetzen. Wir haben es von Montag bis Mittwoch versucht, Sie waren nicht Gesprächsbereit, und das finde ich schade. Ich kann nur hoffen, dass das nicht der Beginn ist, was den Umgang mit Themen betrifft, die in der Vergangenheit eigentlich selbstverständlich interfraktionell einvernehmlich geregelt worden sind.

(C)

Ich bin mir sicher, das wird keine Übergangsregelung, Herr Rupp! Wir werden vielleicht irgendwann noch einmal über die Frage des Vorsitzes in Deputationen miteinander reden. Dann wird es noch einmal zu einer Novellierung kommen, aber weder bei der Anzahl noch bei der Frage, wie wir das entschädigen, wird es zu einer Lösung kommen. Übrigens kann man das nachträglich nicht heilen. Wenn irgendein Finanzamt dann einmal sagt, das ist entgeltlich, dann ist das entgeltlich.

Bei Stadtverordneten ist übrigens auch nur ein Teil als steuerfrei anerkannt. Das ist nicht der gesamte Betrag, ein Teil ist entgeltspflichtig, weil damit eben auch Aufwand abgegolten wird, also ganz so einfach kann man es sich nicht machen. Wir sind hier nicht im sicheren Fahrwasser. Wir hätten eine eingehendere und gründlichere Beratung gebraucht. Dazu wäre auch die Zeit gewesen, und an der Gesprächsbereitschaft der CDU ist es nicht gescheitert. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich stelle fest, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Gesetzesantrag zurückgezogen hat.

Dann lasse ich jetzt über den Gesetzesantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Deputationen, Drucksache 18/5, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmhaltungen?

(DIE LINKE)

Wir sind jetzt nicht so ganz vorbereitet, liebe Kolleginnen und Kollegen!

- (A) (Zuruf von der CDU: Das war bei Herrn Knäpper auch schon so!)
- Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dagegen die CDU bei Enthaltung der LINKEN. Das war das Abstimmungsergebnis bei der ersten Lesung. Kollege Timke, wie hatten Sie abgestimmt? Mit der CDU zusammen, also mit Nein!
- (Abg. Timke [BIW]: Mit der CDU zusammen!)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- Es wurde jetzt vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen.
- Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob wir die zweite Lesung durchführen wollen.
- Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)
- Die Koalition ist dafür, die CDU ist dagegen.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir haben noch gar nicht abgestimmt, Herr Präsident! – Heiterkeit)
- (B) Ich ahnte es aber, Herr Röwekamp!
Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU, Abg. Frau B e r n h a r d [DIE LINKE], Abg. E r l a n s o n [DIE LINKE] und Abg. Timke [BIW])
- Stimmenthaltungen?
- (Abg. R u p p [DIE LINKE], Abg. T u n - c e l [DIE LINKE] und Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])
- Die Kollegen der LINKEN enthalten sich.
- (C) (Abg. E r l a n s o n [DIE LINKE]: Nein, wir sind dagegen!)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- Wir kommen nun zur zweiten Lesung.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer das Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Deputationen, Drucksache 18/5, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und Abg. T i m k e [BIW])
- Stimmenthaltungen?
- (DIE LINKE) (D)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- Damit ist das Deputationsgesetz beschlossen.
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die zügige Abhandlung des heutigen Tages.
- Ich schließe die Sitzung.
- (Schluss der Sitzung 13.45 Uhr)